

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.,
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: monatlich
 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Osterr.-Ungarn
 2.— RM. für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Ausland ins Haus
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Zöner-
 markt, Hofmann, Burgstraße, Schwaben
 und die Schweiz, Eingetragene in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die erste Zeile in der ersten Spalte
 80 Pf. „Meine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 20 Pf. (zünftig
 2 festgedruckte Worte) jedes weitere
 Wort 15 Pf. Werbefläche und
 Schlußzeilen werden das erste Wort
 20 Pf. jedes weitere Wort 10 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%.
 Familien-Nachrichten, politische und
 gewerkschaftliche Berichte, Anzeigen
 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgereicht
 werden. Gebühren von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Donnerstag, den 23. Mai 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die russische Gegenrevolution in der Ukraine.

Wir veröffentlichen weiter unten eine Darstellung der Vorgänge in der Ukraine, die auf genauer Kenntnis aller einschlägigen Verhältnisse beruht, im übrigen aber von dem, was man sonst in deutschen Zeitungen über dieses Thema zu lesen pflegt, recht erheblich abweicht. Der Bericht geht, wie man bald bemerken wird, von der Voraussetzung aus, daß die Lösung der Ukraine von Rußland eine vollzogene Tatsache sei, an der festzuhalten im Interesse des ukrainischen Volkes liege. Wie wir wissen, sind über diesen Punkt die Meinungen unter den Ukrainern selbst geteilt. Die nationale Frage, die zwischen Rußland und der Ukraine spielt, wird durch das Hervortreten der Klassengegensätze aufs stärkste beeinflusst.

Ist die ukrainische Selbstständigkeitsbewegung in erster Linie eine Bewegung gegen die nicht ukrainische herrschende Klasse, so steht wiederum diese herrschende Klasse aus Gründen des Klassenkampfes in schärfstem Gegensatz zu dem heute offiziellen, d. h. dem bolschewistischen Rußland. Die Großrußen der Ukraine sind, wie jede herrschende Minderheit, reaktionär, sie würden durch die Anerkennung der bolschewistischen oder auch nur der gemäßigtteren sozialrevolutionären Grundsätze sich selber das Todesurteil sprechen. Daher ihr doppelter Gegensatz zu der gestärkten ukrainischen Volksregierung und der bolschewistischen Regierung Rußlands.

Die folgenden Darlegungen löschten nun den letzten Zweifel daran aus, daß diejenigen Elemente, die jetzt in der Ukraine mit deutscher Hilfe zur Herrschaft gelangt sind, mit fliegenden Fahnen zu Großrußland übergeben werden in dem Augenblick, in dem die bolschewistische Regierung in Moskau von einer bürgerlichen abgelöst werden wird. Kein Wunder also, daß die Ukrainer, die von der deutschen Hilfe die Erhaltung ihrer staatlichen Selbständigkeit erhofften, sich arg enttäuscht fühlen. Sie mögen in dem, was in Wirklichkeit nur ein tastendes Herumexperimentieren ist, die Durchführung eines machiavellistischen Programms erblicken, in sich selber aber den Mohn, den man gehn läßt, nachdem er seine Schuldigkeit getan hat. So ist Deutschland ganz offenbar nicht auf dem richtigen Wege, sich in der Ukraine Freunde zu gewinnen, die alten läßt es ab, ohne neue zu erwerben.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Auseinandersetzung zwischen Großrußen und Ukrainern stets als die eigene Angelegenheit dieser beiden Stämme betrachtet, und sie sieht durchaus kein Unglück in der Möglichkeit, daß sich auf der Grundlage beiderseitiger Freiwilligkeit eine Wiedervereinigung anbahnen könnte. Die deutsche Regierungspolitik hingegen scheint bis vor kurzem die Verschlagung Rußlands als ihren größten Triumph betrachtet zu haben, sie ist aber drauf und dran, aus wahrer Affenliebe zu den sog. „staatsbehaltenden“ Elementen diesen vermeintlichen Triumph wieder zu nichte zu machen. Mit heilerem Erschaunen liest man in einem W. L. V.-Telegramm den Trinkspruch, den der Vorkämpfer v. Mumm aus Anlaß des Besuchs des Herrn v. Waldow in Kiew gehalten hat: „Er hoffe bestimmt, daß sich nach siegreich beendeter Kriege aus unserer militärischen Hilfeleistung für das junge Staatswesen eine dauernde friedliche Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich auf kulturellem und politischem Gebiete entwickeln werde. Man würdige in Deutschland durchaus den Wunsch des ukrainischen Volkes, seine Existenz fortan auf demokratischer Grundlage zu gestalten und sei ferner davon überzeugt, daß neben der unter unserer Mitwirkung bereits erfolgreich angebahnten Finanzreform die Durchführung der dringlichen Agrarreform sowie eine klare Kulturpolitik auf nationaler Grundlage der beste Grundstein für das neue Staatsgebäude sein würde.“

Vielleicht erfährt der deutsche Vorkämpfer in Kiew nun aus dem „Vortwärts“, wie es in der Ukraine wirklich aussieht!

Aus der Ukraine wird uns geschrieben:
 Das Kabinett des Hetmans ist bis zum heutigen Tage noch nicht endgültig gebildet. Im gehören vorläufig Kadetten, Okzobristen und russische Monarchisten an. Die Kadetten sind im Kabinett diejenige Gruppe, die am meisten nach links orientiert ist. Ihre Betätigung in dem Aufbau des ukrainischen Staatswesens bestand darin, daß sie im Juli 1917 ihre Vertreter in der Rada abberufen hatten mit der Begründung, daß die Kadetten die ukrainische Selbstständigkeit nicht anerkennen können. Die Kadetten entsandten daraufhin eine Abordnung nach Moskau, die die Ukrainer als Hochverräter und als Gebietsräuber Rußlands, die zugunsten Deutschlands arbeiteten, denunzierte. Die Kadetten verlangten von der Regierung Kerenski die Verhaftung der Zentralrada und der ukrainischen Regierung wegen separatistischer und deutschfreundlicher Bestrebungen, und die Anwendung von Militärgewalt. Die ganze Zeit bis zum Einmarsch der deutschen Truppen haben die Kadetten gegen die Deutschen beständig agitiert, sie betätigten sich in keiner Weise am Aufbau des ukrainischen Staates, da sie grundsätzlich sogar die Möglichkeit eines

Starke feindliche Teilangriffe am Kessel. — Nege Artillerietätigkeit zwischen Pys und Albert.

Berlin, 21. Mai 1918, abends. Amtlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. Mai 1918. (W. L. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Kessel-Gebiet hielt lebhafteste Feuerstätigkeit an. Nördlich vom Dorf Kessel und südlich von Voser scheiterten am Abend starke feindliche Teilangriffe.

Weiterwärts der Pys und am La Bassée-Kanal lag unser rückwärtiges Gelände wiederum unter starkem Feuer. Auch zwischen Arras und Albert war die feindliche Artillerie am Abend sehr reg.

Zwischen Somme und Dife lebte die Geschütztätigkeit nur vorübergehend auf.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Eines unserer Bombengeschwader vernichtete in der Nacht vom 20./21. 5. die ausgedehnten Munitionslager bei Biargies. Leutnant Meinhoff errang seinen 27., Leutnant Puetter seinen 23. und 24. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 22. Mai 1918. Amtlich wird verlautbart: An der italienischen Gebirgsfront hält erhöhte Kampfstätigkeit an. — In der Nacht zum 21. drangen zwei feindliche Kompagnien in unsere Stellungen nordwestlich des Col del Rosso ein und wurden durch Gegenstoß unter großen Verlusten zurückgeworfen.

Der Chef des Generalstabes.

Aprilergebnis des U-Boot-Krieges.

Berlin, 21. Mai. Im Monat April sind insgesamt 652 000 Br.-R.-T.

des für unsere Feinde unthbaren Handelschiffsräumtes vernichtet worden.

Der ihnen zur Verfügung stehende Welt-Handelschiffsräum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen seit Kriegsbeginn um rund

17 116 000 Br.-R.-T.

verringert worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein von W. L. V. verbreiteter Kommentar weist darauf hin, daß etwa seit Herbst 1917 die Kurve der Monatsergebnisse stetig sei, woraus sich entnehmen lasse, daß es den gesteigerten Abwehrmaßnahmen der Gegner bisher nicht gelungen ist, die Erfolge der deutschen U-Boote zu drücken. Ferner wird hingewiesen auf die auch nach feindlichem Geständnis geradezu erschreckende Steigerung der durch Angriffe deutscher U-Boote beschädigten Handelschiffe. In demselben Umfang, wie dem Feind durch Ausnutzung seiner Abwehrmittel die Vergung schutzverletzter Schiffe und dadurch scheinbar eine Verminderung seiner Schiffsverluste gelingt, steigt die Zahl der beschädigten Schiffe und fängt sich die Schiffsräume, die betriebsfähig zu seiner Verfügung übrig bleibt. Der Mangel an gelehrten Werftarbeitern verzögere die Reparatur sehr.

Föderativen Verhältnisses der Ukraine zu Rußland verwarfen. Der Kongreß der Kadettenpartei in der Ukraine (wie sie sich selbst nennen, nicht aber der ukrainischen Kadetten), der am 12. d. Mts. in Kiew stattfand, erklärte, daß er aus tatsächlichen Gründen keine Beschlüsse bezüglich der Vereinigung aller russischen Länder fassen wolle. Derselbe Kongreß sprach sich für die russische Sprache als Staatsprache der Ukraine aus. Diese Kadetten bilden den linken Flügel im Ministerkabinett. Was kann man nun von den Okzobristen und den Rechten sagen?

Für die Orientierung des neuen Kabinetts nach russischer Seite spricht auch folgende Tatsache: Das Blatt „Odesskija Nowosti“ bringt eine Unterredung mit Herrn L. Reichert, der einer der wichtigsten Organisatoren der Großgrundbesitzer war und eine große Rolle auf dem sogenannten „Bauernkongreß“ spielte. Herr Reichert meinte: „Die Kandidaten für die Ministerposten wurden unter unserer Beteiligung und mit starker Hilfe derjenigen Kreise ausgewählt, die augenblicklich die Macht in der Ukraine besitzen (er

meint ist die deutsche Unterstützung). In politischen Beratungen kam die Orientierung nach Rußland deutlich zutage, und die Tatsache, daß Scheluchin (einer der Führer der ukrainischen Selbstständigkeitspartei) in das Kabinett eingetreten ist, spricht keineswegs dafür, daß die Politik der ukrainischen Regierung auf die Selbstständigkeit hingelen wird.

Das Blatt „Kuchynj Rabotšik“ bringt die Meldung, daß laut Erzählungen von Teilnehmern des sogenannten „Bauernkongresses“ die Gruppe des kleinen Bauernbesitzes durch polnische und russische Großgrundbesitzer vertreten war, die Bauernklebung angezogen hatten. So wurde das ukrainische Volk auf dem Bauernkongreß vertreten!

Die neue Regierung inaugurierte einen scharfen Kampf gegen das Ukrainertum. Es wurden viele ukrainische Zeitungen verboten, darunter die vier größten ukrainischen Zeitungen in Kiew, nämlich „Kowa Rada“, „Vorodba“, „Widrobčhenje“ und „Narodna Wola“. Einige Tage, nachdem das Verbot erlassen wurde, wurde der „Kowa Rada“ allein erlaubt, den Betrieb aufzunehmen, doch wurde die Zensurur über sie verhängt. Die Mitteilung von dieser Maßnahme erfolgte in deutscher Sprache.

Es wurde der ukrainische Bauernkongreß verboten, der für den 12. Mai einberufen wurde. Zu diesem Kongreß hatten sich bereits am 10. Mai über 4000 Leute eingefunden. Sehr viele dieser Delegierten wurden verhaftet. Der allukrainische Arbeiterkongreß am 14. d. M. wurde verboten. Massenhaft werden die Verhaftungen unter den Ukrainern vorgenommen, die bis jetzt an hervorragenden Stellen in den Gouvernements Poltawa, Charlow und Kiew betätigt. Der Kriegszustand wurde über fünf Gouvernements und in Kiew verhängt. Die ukrainische Sprache wird in den Kernen nur als eine Redensprache gebraucht, während die russische Sprache die Hauptrolle spielt.

Vor dem Verbot konnte der allukrainische Bauernkongreß aber noch folgende Entschlieung fassen:

1. Das ukrainische arbeitende Bauernertum wünscht, in Uebereinstimmung mit dem geschlossenen Friedensvertrag, in den Zentralmächten, insbesondere in Deutschland, befreundete Staaten zu sehen.

2. Zugleich erachtet der Kongreß es für notwendig, zu fordern, daß diese Staaten sich in die inneren wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten der ukrainischen Volksrepublik nicht einmischen, und bringt seinen entschiedenen Protest und seine Empörung aus dem Anlaß zum Ausdruck, daß die Vertreter fremder Regierungen, ihre Machtstellung ausnützend, in den Klassenkampf in der Ukraine aktiv eingreifen, sich an der Auflösung des ukrainischen Parlaments und der Einführung der Helmanengevalt in der Ukraine beteiligen, — welche Politik nur von einem Häuflein von Grundbesitzern und Kapitalisten unterhützt wird, die der ukrainischen Volksrepublik und allen Errungenschaften der Revolution feindlich sind.

Der Kongreß verwirft die von den Großgrundbesitzern, Dorf-schändern und Kapitalisten errichtete Helmanengevalt als eine absolutistische Einführung, die keine Stütze und keine Anerkennung der demokratischen Kreise der Ukraine finden kann. Diese Gewalt, die sich auf eine kleine Gruppe der das Land besitzenden Klasse stützt und nur dank der Anwesenheit fremder Truppen behaupten kann, wird nicht imstande sein, normale internationale, wirtschaftliche und politische Zustände wieder herzustellen, und sie bedroht das Dasein des ukrainischen Staates.

Von der neuen Regierung wurde ein russischer monarchischer Kongreß in Odessa schweigend erlaubt, der die Wiederherstellung des alten zaristischen Rußland auf sein Programm schreiben will. Man trifft Vorbereitungen zur Einberufung eines allrussischen Semstwo-Kongresses, an dessen Tagesordnung die Vereinigung aller russischen Provinzen zu einem Ganzen, wie es vor der Revolution war, gesetzt wurde. Die Kreis- und Gouvernementskommissare, die von der neuen Regierung eingesetzt wurden, sowie auch die übrigen Beamten des neuen Regimes sind alte zaristische Beamte, so A. W. wurde für das Gouvernement Kiew der Fürst Tschartorski zum Landeskommissar ernannt, der während der russischen Okkupation in Galizien im Jahre 1915 ein russischer Generalgouverneur für das Gouvernement Zarnopol war.

Die Worte ist also: Rußisch! Aber nicht russisch-revolutionär, sondern russisch-zaristisch. Alle Nachrichten über die Stimmung der Bevölkerung lassen darauf schließen, daß die Lage gefährlich drohend ist!

Aus Kiew wird dem Berliner ukrainischen Pressebureau gemeldet:

Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten sandte einen Junkspruch nach Kiew, in dem die Sowjetregierung ihr Einverständnis erklärt, die Friedensverhandlungen in Kiew am 22. Mai zu beginnen.

Die Zeitungen beschäftigen sich dauernd mit der Möglichkeit einer Kabinettsorganisation; von möglicher Beteiligung der Sozialföderalisten, der Sozialrevolutionäre und Schamstjinski wird ge-

prochen. Als Kandidaten werden genannt: Scheljuhin (S. F.), Schulgin (S. F.) und Alexen Stepanenko (Siamostjinit).

In Kiew wurde der Kongress der Handels-, Industrie- und Finanzvertreter unter Teilnahme der Minister Bisogub, Gutnik, Wschepeki und Putenko eröffnet. Die Versammlung beschloß, eine Deputationssabotage an den Hetman zu senden. Auf den 23. Mai wurde nach Kiew ein Kongress aller Arbeitssöhne einberufen.

Deutscher Sieg oder deutscher Frieden? Fälschung eines „Vorwärts“-Artikels.

Wir haben und wiederholt mit jenem Aufsatz der vierzig französischen Kammerjournalisten beschäftigt, der unter Berufung auf einen Artikel des „Vorwärts“ vom 8. April d. J. jede internationale Verständigung in ihrer Form ablehnt. Schon auf Grund der telegraphischen Meldungen haben wir unser Erkaunen darüber ausgesprochen, daß jener Artikel, der nur den altbekannten Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie entwickelte, den Anlaß oder Vorwand für eine taktische Schwelung eines Teils des französischen Kammerjournalismus abgeben soll. Jetzt, da uns der volle Wortlaut jenes Aufsatzes vorliegt, sind wir in der Lage festzustellen, daß sich die ganze Aufregung auf eine Fälschung gründet.

Nach der Behauptung der vierzig soll der „Vorwärts“ nämlich am 8. April geschrieben haben:

„Es gibt von jetzt an keine andere Lösung der Weltkatastrophe, als den vollen deutschen Frieden, den Gegenstand aller unserer Hoffnungen auch im Westen.“

Der „deutsche Frieden“ ist ein politischer Schlagwort geworden, der so viel bedeutet wie der Frieden mit deutschen Annexionen. Für einen Frieden mit deutschen Annexionen auch im Westen soll sich also der „Vorwärts“ ausgesprochen haben. Dürfte er das getan, so hätte er damit allerdings seiner ganzen bisherigen Politik ins Gesicht geschlagen.

In Wirklichkeit hatte der „Vorwärts“ ausgesprochen: Die von ihm und der sozialdemokratischen Partei bekämpfte Politik habe zu einer Lage geführt, die keinen anderen Ausweg mehr erkennen lasse als den der Gewalt. In diesem Sinne wurde dann gesagt:

„Es ist jetzt keine andere Lösung der Weltwirren zu sehen als der erhoffte volle deutsche Sieg auch im Westen.“

Auf dem Wege von Berlin nach Paris hat sich, wer weiß durch welche Teufel, der deutsche Sieg, zu dem wir uns stets bekämpften, in einen „deutschen Frieden“ verwandelt, den wir stets bekämpften. Der „Vorwärts“ und die ganze deutsche Sozialdemokratie sollen nun verlehmt und geächtet sein, weil jemand, der gewiß kein deutscher Sozialdemokrat war — falsch überlegt hat!

Trinksprüche in Konstantinopel.

Der österreichische Kaiser hat dem Sultan einen Besuch abgestattet, und bei diesem Anlaß sind im Dolmetschergeschehen bei einer Festtafel Trinksprüche gewechselt worden. Das fällt rein äußerlich auf, weil Fürstenerregungen in der Hauptstadt des Sultans bisher noch nicht zu den üblichen Vorkommnissen gehörten. Natürlich war in den Toasten von dem Bündnis die Rede, das die Türkei an Mitteleuropa anfügt, aber politisch Erhebliches, das zu denken gäbe, wurde nicht geäußert. Der Sultan schlug die Friedensnote in folgenden Sätzen an:

„Indem wir seit Beginn des gigantischen Krieges nur die Verteidigung unserer Rechte verfolgen, ist es uns stets am Herzen gelegen, ein größeres Blutvergießen durch den Abschluß eines gerechten und ehrenvollen Friedens zu verhindern. Die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest, die dem Kriegszustand zwischen den Verbündeten einerseits und Rußland und Rumänien andererseits so glücklich ein Ende gemacht haben, bilden den unerschütterlichen Beweis für unseren Wunsch, diesem mörderischen Krieg ein Ende zu setzen. Stark durch unser Recht und im Vertrauen auf den göttlichen Schutz, warten wir mit Zuversicht den endgültigen Triumph unserer gerechten Sache ab, die wir gemeinsam mit den tapferen Verbündeten verteidigen.“ Kaiser Karl gab diesem Ausdruck auf den Frieden mit der Wendung ein Echo: „Mit Hilfe des Allmächtigen naht der Tag, wo unsere Väter für ihre Opfer durch einen gerechten und ehrenvollen Frieden werden belohnt werden.“ Natürlich naht dieser Tag, aber mit keinem Hauch wird die Hoffnung, daß der Friede nahe sein könne, angeregt. Insofern haben die Trinksprüche die Signatur des Tages. Daß der österreichische Kaiser im Vernehmen, das Bündnis mit der Türkei zu salben, die Behauptung einflößt, das Bündnis entspreche „sehr alten Ueberlieferungen“, darf als historisches Kuriosum gebucht werden. Allerdings, vieles, was sozusagen erst gestern geschah, erscheint heutzutage schon morgen als sehr alt. Leider läßt sich umgekehrt nicht verkündigen, daß vieles, was in den Vierbundstaaten in anderem und eigentlichem Sinne „sehr alt“ ist, mit entsprechender Pünktlichkeit morgen zum alten Eisen fliegen werde.

Sofia, 21. Mai. Wie die Blätter melden, haben Delegierte der Dobrudscha am 18. d. M. dem Kaiser und König Karl durch Vermittlung des Ministers des Aeußern Grafen Burian ein Memorandum des Nationalrates von Babadagh überreicht, worin sie ihrem Wunsche nach Vereinigung der ganzen Dobrudscha mit Bulgarien Ausdruck geben. Das Memorandum ist von einer Adresse an den Monarchen begleitet.

Der Knock-out-Politiker Wilson.

Während die Rede Wilsons der französischen Presse im allgemeinen nach Wunsch ist, findet „Journal du Peuple“, daß Wilsons Erklärungen hinter denjenigen Valfours weit zurückbleiben. Es habe beinahe den Anschein, als ob Wilson sich zur Geheimdiplomatie und persönlichen Politik bekehrt habe. Um jeder Verantwortung zu entgehen, verschanze er sich in Sachen des österreichisch-ungarischen Friedensangebots hinter dem Beschluß des französischen Parlamentsauschusses für Auswärtiges. Wilsons Aeußerungen, wonach Deutschland, wenn es Frieden wolle, seine Volkshäupter beauftragen solle, stübe im offenen Widerspruch zu Valfours Aeußerungen. Wilson verwerfe dadurch jede mögliche Vermittlung und lehre zu den Forderungen der Knock-out-Politiker (d. i. Zerstückelungs-Politiker) zurück, die nur mit einem um Gnade bittenden Feind verhandeln wollen.

Das „Gazette“ schreibt zu der Rede Wilsons: Das Tragische an der Sache ist, daß Präsident Wilson meint, was er sagt. Jedoch die Drahtzieher in Amerika wissen wohl, daß Amerika für sehr reale Dinge kämpft, daß die Verarmung und Schwächung Europas einschließlich Englands das Aufblühen Amerikas bedeutet, daß die Rußland angebotene Hilfe nicht aus idealen Gründen in Aussicht gestellt wird, sondern um für Amerikas Handel und Industrie nach dem Kriege ein europäisches und asiatisches Rußland zu erobern, um den gefährlichen deutschen Konkurrenz auszuscheiden. Dazu wäre es gut, wenn Japan einstweilen in Sibirien eindringe, wenn nur Japan selbst nicht ein so gefährlicher Widersacher wäre.

„Nieuwe Courant“ vom 21. Mai, Abendausgabe, schreibt zur Rede Wilsons: „Wilson hat die Welt wiederum glücklich gemacht mit der Versicherung, daß Amerika ganz selbstlos und nur zum Nutzen der Menschheit in den Krieg gezogen sei. Dabei aber wird Rußland zum Anschlag an die Alliierten und somit zur Wiederaufnahme des Krieges angeporrt. Die Kontroverse in der amerikanischen Politik ist über Bord geworfen, und die Vereinigten Staaten bereiten sich vor, nach ihren eigenen Anschauungen die europäischen Angelegenheiten zu regeln, obwohl die Amerikaner mehrmals bewiesen haben, daß ihnen jegliche Vorstellung von den wirklichen Verhältnissen Europas fehlt.“

Europäisierung der Vereinigten Staaten. Ein Gesetz gegen die Reichsfeinde.

Washington, 22. Mai. (Meuter.) Präsident Wilson hat das Aufbruchgesetz genehmigt, durch das die Regierung weitgehende Befugnisse erhält, um Handlungen und Aeußerungen, die gegen die Landesstreue verstoßen, zu bestrafen.

Republik Turkestan.

Sasel, 22. Mai. Sabas meldet aus Moskau: Aus Taschkent wird berichtet, daß der Kongress der Sowjets die Republik Turkestan proklamierte. Die neue Republik wird sich der russischen Föderativrepublik anschließen. Von Moskau ist eine Spezialkommission abgegangen, um die Grenzen der neuen Republik festzusetzen. Es wurde eine allgemeine Amnestie erlassen.

Eine Strafbredigt an den „Vorwärts“. Unser Stockholmer Berichterstatter schreibt uns: Der „Vorwärts“ hat am 8. Mai ein Telegramm aus Stockholm abgedruckt, das von einem Interview des sozialrevolutionären russischen Obersten Chon Meldung macht, der das Vorgehen der deutschen Truppen in Finnland in einen glücklichen Weges zu dem der Regierungstruppen stellte. In diesem Telegramm stand in einer beiläufigen Bemerkung die unrichtige Angabe, daß Chon auf der Seite der Roten gelämpft habe. Man sollte glauben, daß Oberst Chon, wenn ihm schon diese Angabe unangenehm war, mit einer einfachen Berichtigung den Tatbestand hätte feststellen können. Statt dessen hat er im „Socialdemokraten“ eine ellenlange Fußschrift abgelagert, worin er im Anschluß an die Aeußerung dieser „schändlichen Verleumdung“ dem „Vorwärts“ und der deutschen Sozialdemokratie die Leviten liest. Der Zusammenhang zwischen der Frage, ob Chon in Finnland gelämpft hat oder nicht, und der von ihm an den „Vorwärts“ gerichteten schimpfenden Mahnrrede, zur Internationale zurückzukehren, ist und zwar nicht klar geworden und russische Freunde raten uns, unsere Bemerkungen, in der Chonischen Konfusion einen Sinn zu entdecken, nicht fortzusetzen, aber wir wollen gerne, um seinen künftigen Biographen keine Zweifel zu erwecken, ausdrücklich wiederholen, daß weder er, noch, wie er hinzusetzt, sonst ein russischer Sozialrevolutionär in Finnland gelämpft habe. Schwere ist es, von einem Anhänger Kerenskis, der, wie sich aus den von der Volksbewehrung veröffentlichten Dokumenten ergibt, mit seinem Kollegen Terestichenko die Praktiken der Geheimpolitik fortgesetzt und hinter dem Rücken des Zentralkomitee die Stockholmer Konferenz den Imperialisten der Westmächte preisgegeben hat, Belehrungen über wahre sozialistische Politik anzunehmen.

Wenn Oberst Chon in der Aufnahme der unrichtigen Mitteilung nicht nur eine unzureichende Entstellung seiner geschichtlichen Persönlichkeit, sondern auch einen Verweis dafür sieht, wie tief der Mitarbeiterkreis des „Vorwärts“ gesunken sei, kann man ihm lächelnd seine Unerschaffenheit in den Bedingungen eines Zeitungsbetriebes zugutehalten. Daß aber die Redaktion der „Socialdemokraten“, die sehr wohl weiß, daß Stockholmer Eigentelegammes des „Vorwärts“ als solche bezeichnet sind, die Chonische Erziehung unter dem fetten Titel druckt: „Ein scharfes Wort an den „Vorwärts“-Korrespondenten“, daß man sich dort bemüht, die Unerschaffenheit im schweren Wettlauf mit der Dummheit nicht verlieren zu lassen.

Befreite Romanows in Kiew. Nach einem Moskauer Habas-Bericht meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur, daß mehrere Mitglieder der Familie Romanow, die auf der Arim interniert waren und von den Deutschen in Freiheit gesetzt wurden, in Kiew eingetroffen sind.

Englands Hunde sollen nicht verhungern! Englische Blätter berichten zur Mitte dieses Monats, daß das Kriegsministerium den Beschluß gefaßt hat, genutzenden Schiffsräume für die Einfuhr minderwertigen Weizens bereitzustellen, aus dem Hundelachen hergestellt werden soll. Es gibt in England etwa zweieinhalb Millionen besessener Hunde, und die Regierung verspricht jetzt, unter dem Druck einer lebhaften Agitation der Tierfreunde, in ausreichender Weise für sie zu sorgen. . . .

Verpfele zum Prozeß Gailaug. Genf, 21. Mai. „Journal du Peuple“ veröffentlicht einen Brief Gailaug, aus dessen Inhalt hervorgeht, daß der Gerichtsschluß im Gegensatz zu den tendenziösen Pressemeldungen feststellte, daß Gailaug Vermögen keineswegs zugezogen, sondern sich seit Kriegsbeginn sogar vermindert hat, so daß Gailaug sich gezwungen sah, seine Kapitalien anzugreifen, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Rasowski bei den Bolschewikstruppen. Nach einer Meldung des „Avanti“ kämpft Rasowski, der unlängst fälschlicherweise totgesagt wurde, bei den Bolschewikstruppen in der Ukraine gegen die Deutschen.

Das böse Gewissen.

Der Aufruf des Parteivorstandes zur Wahlrechtsfrage und der gleichzeitig erschienene Pfingstartikel des „Vorwärts“ verursachen noch weiter in der rechtsstehenden Presse große Erregung. Der Mangel an sachlichen Gegenargumenten tut sich in gereiztem Geschimpfe kund. Aber selbst ein Blatt wie die „Tägl. Rundschau“ muß dabei unversehens von „dem fatalen Zusammenstoßen des vorläufigen Scheiterns der Wahlreform und der Protrationsverminderung“ sprechen. In ihrer Verlegenheit sucht sie es dann allerdings so hinzustellen, als mache die Sozialdemokratie aus der Kürzung der Protration „eine infame Absichtlichkeit, eine gewollte Unterstreichung des Schadens durch den Spott“.

Das ist natürlich gelogen wie gedruckt. Würden wir bei einer Regierung vermuten, daß sie dem Volke aus Schadenfreude oder Bosheit die Protration kürzte, so würden wir ganz andere Töne gegen sie anschlagen und ihre sofortige Stellung unter Anklage wegen schweren Landesverrats verlangen. Der Parteiaustruf und der Leitartikel des „Vorwärts“ haben etwas ganz anderes getan: sie haben bei dieser Gelegenheit — und wahrlich nicht zum ersten Male während des Krieges — darauf hingewiesen, wieviel leichter das Volk die Kriegsoffer

tragen könnte, wenn ihm nicht gleichzeitig die politischen Rechte, deren beliebige Nehrung uns keine englische Blockade verwehrt — rationiert würden. Nicht die Kürzung der Protration war ein böshafter Kommentar zur Verweigerung des gleichen Wahlrechts, wohl aber war die Zerstückelung eines feierlich gegebenen Versprechens durch die Landtagsmehrheit ein aufreizend und staatsfeindlich wirkender Kommentar zur Verkürzung der Protration. Mag das Kriegsberührungskomitee die Notwendigkeit seiner Maßnahme mit statistischen Zahlen erhärten — die Mehrheit des Abgeordnetenhauses kann sich auf keine höhere Gewalt berufen, die sie an der Einführung des gleichen Wahlrechts verhindert hätte. Wenn daher die „Deutsche Zeitung“ die Stelle im Aufruf des Parteivorstandes, an der von den Protrationen die Rede ist, folgendermaßen auslegt:

In die sozialdemokratische Hegeprache übertragen heißt das nichts anderes als „Arbeiter! Euer Anspruch auf das gleiche Wahlrecht wird mit dem Ruf: „Hungert!“ beantwortet.“

So können wir ihr nur mit dem Wort aus Schillers Wallenstein antworten: Herr Graf, das Gleichen machen Sie, nicht ich! — Die „Deutsche Zeitung“ sollte die Sorge um die Form der Aufrufe ruhig auch in Zukunft der Partei überlassen. Wenn sie sich jetzt so sorglich um deren Redaktion und Interpretation bemüht, so geschieht das allerdings zu durchsichtigen Zwecken. Denn der Artikel der „Deutschen Zeitung“ schließt mit dem Vorwurf an die Regierung, daß sie „auch nicht einen Finger rühre, um der sozialdemokratischen Heberei Einhalt zu tun“. — Der Artikel ist unterzeichnet mit den Anfangsbuchstaben Max Johans, der wohl wissen wird, warum er für ein Einschreiten der Regierung schwärmt.

Der Zentrumsstreit um Erzberger.

Nachdem der dem alldeutschen Einfluß bösig erlegene rechte Flügel der Zentrumsparlei seit Wochen die Hege gegen Erzberger mitgemacht oder gar selber ausgeführt hat, beginnen sich jetzt auch die Freunde der Erzbergerischen Politik im Zentrum zu regen. Die „Germania“ zitiert eine Anzahl Briefe aus dem Zentrumslager, die sich auf scharfe gegen das Treiben des rechten Flügels der Partei wenden. So schreibt die „Schlesische Volkszeitung“ unter der Ueberschrift „Vergiftete Waffen“, daß die gehässigen Angriffe, die Erzberger in den letzten Wochen, teilweise auch aus dem eigenen Lager erfahren habe, „denn doch einmal eine entschiedene Antwort verlangten, um so mehr als gewöhnlicher Matsch und alter Parteifah bei diesen Kämpfen innig verbunden haben.“ — In der „Ausg. Postz.“ rügt der Reichstagsabg. Piarrt Lederer, daß der kriegerische Teil der Zentrumspreffe bei der Parole „Los gegen Erzberger!“ weder mitgeholfen habe und auf die alldeutschen Angaben hineingefallen sei. Erzbergers Stellung in der Partei sei durch den konstruierten „neuesten Fall“ (gemeint ist der Angriff auf die Ostpolitik der Regierung) nur gestärkt worden.

Die Auseinandersetzungen zeigen, daß der Krieg auch für die Festigkeit des Zentrumsbundes eine sehr hohe Belastungsprobe darstellt.

Mordschriftliches aus der „Morgenpost“. Protest der „Germania“.

In der „Berl. Morgenpost“ hat am letzten Pfingstsonntag der evangelische Pastor Falka zwischen der 100-Kilometer-Ranone und den „Kräften des Christentums“ sonderbare Gedankensbrücken gebaut. Pfingstgeist ist Tatgeist, dozieren er, und nun freut er sich mächtig darüber, wie die Deutschen zu diesem pfingstchristlichen Tatgeist erweckt sind:

Der bisherige veronnene, weltabgekehrte Sinn des Deutschen baute sich nun die salanten Lustschiffe, mit denen er den alten Traum der Weltbeherrschung endlich erfüllte; er schuf sich das Wunderwerk des U-Bootes, das allen lästigen Gegenmaßnahmen der Feinde trotzt und Tag für Tag ein Stück nach dem anderen von der Weltgeltung Englands abbröckelt; er stellte jenes märchenhafte Geschick her, dessen Gesicht bis in die Aetherregionen des Luftmeeres aufsteigt und Verderben über mehr als 100 Kilometer in die Reihen des Gegners trägt. Der deutsche Tatengeist schafft Ordnung, wo der misstete Drang nach sogenannter „Freiheit“ alle Geschmähigkeit in Trümmer geschlagen und aus dem geordneten menschlichen Zusammenleben ein Chaos gemacht hat. So wird deutsche Tatkraft auch anderen Völkern zum Segen.

Diese Geisteskost, die erstaunlicherweise von Berliner Arbeitern geduldig aufgenommen wird, hat lebhaftes Unbehagen in katholischen Kreisen erregt. Die „Germania“ wendet sich gegen eine Anbetung der Tat, die nach den sittlichen Beweggründen nicht fragt, und meint:

Das krassste Beispiel dieser Art Pfingstbeträchtungen fanden wir in der „Berliner Morgenpost“. Wir müssen solche „christliche“ Erwägungen im Namen des Christentums unbedingt ablehnen.

Der unparteiische Beobachter wird zugeben müssen, daß sich die katholische Geistlichkeit während des Krieges von dem verächtlichen „Christentum, gepredigt aus Kanonenschlünden“, viel ferner gehalten hat als das evangelische Hauspredigtum von Hülstein u. Cie.

Offizierskinder bevorzugt.

In einer Zeitschrift aus dem Felde werden wir auf ein Inserat aufmerksam gemacht, das am 30. März in der „Deutschen Tageszeitung“ gestanden hat und lautet:

Landaufenthalt. Nehme für die Sommerferien 2 gesunde woblgezogene Mädchen von 12—14 Jahren unentgeltlich auf. Kinder aus Offiziersfamilien bevorzugt. Frau Hauptmann Scholz, Rittergut Jaich bei Döbe, Prov. Westpr.

Der selbgraue Einfander meint: Ben Frau Sch. bevorzugt wird, daß er ihrer Güte teilhaftig werde, ist ihre Sache. Die Form der Anzeige beweist aber, daß gewisse Kreise, bei denen schon in Friedenszeiten der Mensch erst mit dem Offizier anfing, durch den Krieg erst recht nichts gelernt haben.

Konservative Rüstungen. In einer gedruckten Bitte an „Freunde und Feinde“, die dem Blatt beisteht, äußert die „Kreuzzeitung“ das Verlangen, mit ihren Abonnenten, wenn es die Umstände erfordern, auch einmal über den Rahmen der Zeitung hinaus in Verbindung treten zu können. Hierzu bittet sie um genaue Angabe von Name, Stand und Wohnort. Vielleicht soll auf diese Weise eine Quartier-Phalanx gegen die Wahlreform in Preußen zustande gebracht werden.

Bayerisches Vergesse. Aus München wird gemeldet: Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Verrückung des Vergessenes nebst Begründung zugegangen. Der Entwurf schlägt in seinem wichtigsten Teil vor, zur Sicherstellung der Interessen der Allgemeinheit die Auffindung und Gewinnung von Eisen, Manganerzen, Braunkohlen und den in der Pfalz vorkommenden Steinkohlen dem Staate vorzubehalten.

Forstfiskalische Ausschließungspraxis.

Worte und Taten des Landwirtschaftsministeriums.

Im Oktober 1915 wurde von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Verbandsversammlung zum ersten Male die Wohnungsfrage zur Debatte gestellt und die Notwendigkeit betont, angelehnt an die drohenden Kleinwohnungsnot in Verhandlungen mit der Staatsregierung einzutreten zu dem Zwecke, den Forstfiskus zu veranlassen, mit seiner bisherigen, jedes sozialen Gedankens baren und lediglich nach rein platonischen Gesichtspunkten orientierten Ausschließungspraxis zu brechen und seine am Groß-Berlin belegenden Ländereien in einer Weise zu erschließen, die nicht nur den Wohlhabenden, sondern auch den minder- und unbemittelten Bevölkerungsklassen die Ansiedlung im Kleinhäuser mit Garten in größerem Umfang ermöglicht. Nach eingehender Ausschlußberatung wurde ein dahingehender sozialdemokratischer Antrag von der Verbandsversammlung einstimmig angenommen.

Da die Verhandlungen mit den Staatsbehörden sich in die Länge zogen und Ergebnisse nicht zeigten, wurden in den Jahren 1916 und 17 von unseren Genossen ähnliche, noch dringendere Anträge gestellt und diese Anträge, wie anerkannt werden muß, von der Verbandsversammlung gleichfalls einstimmig zum Beschluß erhoben.

Im Januar 1918 wurde die Angelegenheit in der Verbandsversammlung erneut erörtert. Es konnte von unserem Redner auf amtliche Mitteilungen verwiesen werden, nach denen der Forstfiskus um Groß-Berlin herum z. B. 1000 Hektar geeignetes Land besitzt, das einen Nutzungswert von 7-10 M. je Quadratmeter haben dürfte, mithin die Schaffung von billigen Kleinhäuserwohnungen durchaus ermöglicht. Während aber die Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern, ja selbst die preussische Finanzverwaltung, neuerdings ihre Haltung der Wohnungsfrage erheblich geändert hätten, stände das Landwirtschaftsministerium dem Verlangen der Verbandsversammlung und der Bevölkerung nach Schaffung von gesunden und preiswerten Kleinhäuserkolonien nach wie vor taub- und teilnahmslos gegenüber.

Diesem Angriff auf das Landwirtschaftsministerium trat der Oberpräsident Staatsminister v. Loebell schärf entgegen. Der Angriff sei um ungerechtfertigt als die beteiligten Minister inwischen unter sich die Verhandlungen über die Auswahl der zur Verfügung zu stehenden Flächen und über die Festlegung der Preise bereits abgeschlossen haben. Diese Verhandlungen haben zu einem Ergebnis geführt, welches den im Interesse des Wohlstands des Siedlungsunternehmens zu stehenden Anforderungen voll gerecht werden wird.

Einige Wochen später erklärte der preussische Finanzminister in seiner Staatsrede im Abgeordnetenhaus, daß der Fiskus von seinem Gelände 578 Hektar herzugeben bereit sei, die zum größten Teil nur mit 1-1,50 M. je Quadratmeter bezahlt werden sollen, um eine Besiedlung im Flachbau zu ermöglichen. Diese Preisbemessung entsprach wenigstens annähernd den Wünschen des Verbandes. Verbandsauschüsse und Verammlungen waren einig in der Auffassung, daß mehr als etwa 1 M. für das Quadratmeter Wohnland nicht bezahlt werden kann, da dann schon der Preis für das Quadratmeter Wohnland selbst bei billiger Aufsichtnahme sich auf etwa 7-8 M. stellen würde. Bei solchem Preis würde der Fiskus als Uebernehmer des Landes nach den Angaben des Verbandsdirektors noch ungefähr 200 bis 400 Prozent Gewinn erzielen.

Die Mitteilungen des Oberpräsidenten und des Finanzministers wurden allgemein mit Befriedigung aufgenommen. Allein die Freude war nur kurz. Als in der letzten Sitzung des Verbandsauschusses die Ergebnisse der ministeriellen Beratungen im einzelnen bekanntgegeben wurden, zeigte es sich, daß diese Ergebnisse im stärksten Widerspruch zu den Zusicherungen des Oberpräsidenten und des Finanzministers standen. Nur z. B. ein Fünftel der Ländereien soll in der Preisliste von 1-1,50 M. sein; der Preis des übrigen, besser gelegenen Geländes steigt bis 5 M. je Quadratmeter Wohnland. Damit nicht genug, soll das gesamte angebotene Land bis zum 31. März 1919 abgenommen sein. Geht das nicht, und daß es unmöglich ist, liegt auf der Hand, so erhöht sich der Kaufpreis jährlich um 2 Proz. Auf den Kaufpreis sind 25 Proz. voranzuzahlen. Diese Preisbemessung und Kaufbedingungen genügen an sich schon, die Durchführung der Verbandspläne zu verhindern. Da aber nach dem Kriege auch mit außerordentlich hohen Ausschließungskosten für die neuen Siedlungen zu rechnen sein wird, so ergibt der vom Landwirtschaftsministerium geforderte Wohnlandpreis einen so hohen Selbstkostenpreis für das fertige Hausland, daß wohl den Reichen und Wohlhabenden, aber nicht den minder- und unbemittelten Bevölkerungsklassen die Ansiedlung im Kleinhäuser mit Garten ermöglicht wird. Das ganze von der öffentlichen Meinung im Interesse einer besseren Wohnungsfrage so dringend gewünschte Unternehmen wäre damit zum Scheitern gebracht.

Der Verbandsauschluß war einig in der Verurteilung dieses Vorgehens des Landwirtschaftsministeriums und hielt es für ausgeschlossen, unter solchen Umständen den Groß-Berliner Kleinwohnern eine Vereinfachung an dem Unternehmen empfehlen zu können. In den vom Landwirtschaftsministerium bisher allein betonten Gesichtspunkten der fiskalischen Landesverwaltung, welche die staatlichen Ländereien mit möglichst hohem Gewinn loszuschlagen bestrbt ist, ein Gegenwärtig zu bieten, wurde eine Eingabe an das Staatsministerium beschlossen, in der Hoffnung, daß dieses die sozialen und wohnungspolitischen Gesichtspunkte stärker in den Vordergrund treten lassen wird. Neben der Preisermäßigung und der Stellung günstiger Bedingungen bedarf auch die Auswahl und Abgrenzung der Ländereien dringend einer Nachprüfung. So fehlen zum Beispiel im Angebot des Landwirtschaftsministeriums Gelände wie Dahlem-Süd und südlich vom Bahnhof Heerstraße usw.

Wir werden nicht verfehlen, über die Antwort des Staatsministeriums, die das Schicksal dieser für die Groß-Berliner Bevölkerung so überaus wichtigen Siedlungsfrage entscheiden wird, zu berichten.

Groß-Berlin

Vereinheitlichung des Groß-Berliner Rettungswesens.

Im Berliner Rathaus waren gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden zur Einleitung des Vorsitzenden des Kuratoriums für das Berliner Rettungswesen, Stadtrats Munge, zusammengetreten, um über die Vereinheitlichung des Rettungswesens zu beraten. Die Verhandlungen ergaben, daß die Anregung einstimmig mit Freude aufgenommen und der Wunsch nach einem Zusammenschluß und einer einheitlichen Regelung des Rettungs- und Krankentransportwesens allgemein war. Auch ein Ausschuss der Zentralmedizinaldirektion für Rettungswesen wurde in Aussicht genommen. Zur Beratung der Einzelheiten wurde eine Kommission eingesetzt, die bereits in der kommenden Woche ihre Arbeiten aufnehmen wird.

Zur Wohnungsnot in Groß-Berlin.

Am Dienstag traten die Groß-Berliner Städte und Kreise unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Weinmuth zu erneuter Beratung

zusammen über die Notmaßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswehens bei Mangel der Krieges. Es wurde einstimmig beschlossen, zu diesem Zwecke einen Zusammenschluß der Städte und Kommunalverbände in rechtsfähiger Form vorzubereiten. Mit der Ausarbeitung einer Satzung wurden die Stadträte Loebning-Berlin und Sembriß-Charlottenburg betraut, welche binnen kurzem einer größeren Kommission Bericht erstatten werden. Auch wurde ein gemeinsames Vorgehen zur Beschaffung der Materialien in Aussicht genommen.

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt 45 der Eierkarte kann vom 24. bis 31. Mai ein Ei entnommen werden. — In der Zeit vom Freitag, den 24., bis Donnerstag, den 30. Mai, wird in den Bezirken der 98.-100., 106.-112., 171., 191., 202.-204., 213., 220. und 221. Protokommission — Norden und Nordosten Berlins — auf das Mittelstück der zurzeit gültigen Speisekarten pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Neue Filmvorführungen finden am Freitag statt: im Admirals-Theater „Die Rose von Schlanbur“, in den Kozarisaal-Lichtspielen „Agnes Arnau und ihre drei Jünger“.

Ein sehr gefährlicher Brand kam am Mittwochmorgen aus unbekannter Ursache auf dem Bahnhof der Großen Berliner Straßenbahn in der Mantuffelstraße 79, wo sich auch eine Kasse befindet, zum Ausbruch. Dort hatte man größere Mengen von Holzwerkstoffen in Wägen an der Straßenseite gelagert. Diese Vorräte fanden gegen 1 Uhr total in Flammen. Die Feuerwehre war gleich zur Stelle und es gelang, eine weitere Ausbreitung des weitläufigen feuerigen Herdes zu verhüten. Die Holzwerke konnten indes nicht mehr gerettet werden.

Ein Diebstahl, bei welchem es sich um Lebensmittelverrichtungen in Höhe von circa 400000 Mark an den Magistrat Neudölln handelte, beschäftigt zurzeit die Staatsanwaltschaft und den Untersuchungsrichter. Auf eine Anzeige eines Bauern Böhmke wurde kürzlich der Kaufmann Ernst Müller verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Böhmke gibt an, Müller habe ihm vorgeschrieben, er sei beim Kreisamtsrat als Auktionator angestellt und habe als solcher die Möglichkeit, die beschlagnahmten Waren für sich zu erwerben. Auf diese Angaben hin habe er an R. insgesamt über 380000 M. gezahlt, die Ware jedoch nicht erhalten. Müller selbst bestritt auf das entschiedenste sich als Auktionator ausgeben zu haben, vielmehr habe R. die Summen hergegeben, damit er die Lebensmittel aus dem Ausland besorge, die dann auf gemeinschaftliche Rechnung an den Magistrat Neudölln weiterverkauft werden sollten. Er habe aber nur einen kleinen Teil der Lebensmittel erhalten, da ihn sein Lieferant, ein Kaufmann Stein in Budapest, im Stich gelassen habe. — Vom Rechtsanwalt Dr. Juliusburger ist gegen den Haftbefehl Beschwerde eingelegt worden, da Böhmke keinerlei Rückforderungsansprüche an R. habe, und zwar deshalb, weil das Geld zu einem verbottenen Zweck, dem Einkauf von Lebensmitteln unter Ueberbietung der Höchstpreise und zum Zwecke mündlicher Preissteigerung hergegeben sei, deshalb habe R. nach § 817 V.G.B. keinen Rückforderungsanspruch. Damit falle auch die Anklage wegen Betruges, denn dieses Delikt setze voraus, daß der Täter sich rechtswidrig einen Vermögensvorteil verschafft habe und der Geschädigte das Geld zurückfordern berechtigt sei, was hier nicht der Fall sei. So lange R. Lebensmittel geliefert habe, habe sich R. nicht geschädigt gefühlt, erst als der Lieferant des R. plötzlich die Lieferungen einstellte, habe sich R. schädigt gefühlt. — Der Bescheid über den Haftentlassungsantrag steht noch aus.

Aufgefunden Leiche. Am 18. d. M. wurde in der Nähe Tegeler See die Leiche einer unbekannt Frau gefunden, die etwa acht Tage im Wasser gelegen hat. Die nach der Halle des Totenschranks in Pflanzensee gebrauchte Leiche ist etwa 30 Jahre alt, 1,60 Meter groß, schlank, hat braunes Haar und ist bekleidet mit schwarzer Bluse, schwarzem Rock, unten mit grünlichen Samtstreifen, blauem Unterrock, weißem Hemd, schwarzen Strümpfen und schwarzen Schürhüben. Anscheinend liegt Selbstmord vor. Erkenner der Toten wollen sich bei der Tegeler Polizei melden.

Lichtenberg, Lebensmittel. Von Mittwoch, den 22. d. M. ab kann in den städtischen Verkaufsstellen Kronprinz- und Markstraße ohne vorherige Anmeldung gegen Abtrennung der beiden gleichlautenden Abschnitte 221 J der Lichtenberger Lebensmittelkarte eine gleiche dänische sterilisierte Vollmilch zum Preise von 140 Pf. entnommen werden. Da die weitere Zuweisung von Milch von der Lieferung von Fleisch abhängig gemacht wird, so erucht der Magistrat dringend um Rückgabe der entleerten Flaschen bis zum 1. Juni gegen eine Vergütung von 10 Pf. für das Etikett.

Auf Abschnitt 43 der Eierkarte können drei Eier a 38 Pf. entnommen werden.

Auf Abschnitt 225 der Lichtenberger Lebensmittelkarte werden nach Wahl entweder 2 Pfund Einnachzuder oder 3 Pfund Kunstbonig verteilt. Die Anmeldung findet vom Mittwoch, den 22. Mai, bis Freitag, den 31. Mai, für Einnachzuder und Kunstbonig in verschiedenen Geschäften statt. Wer Einnachzuder beziehen will, muß den Bezugsabschnitt Nr. 225 in einem Geschäft abgeben, das durch einen Anschlag mit der Aufschrift „Hier nur Einnachzuder“ gekennzeichnet ist, und wer Kunstbonig beziehen will, in den durch Aufschrift gekennzeichneten Geschäft „Hier nur Kunstbonig“. Die Anklage der Waren erfolgt in den ersten vierzehn Tagen des Monats Juni.

Wilmersdorf, Lebensmittel. Soweit bei der Abgabe von Gemüsekonzerven die Käufer hochgetriebene Wägen erhalten haben, müssen diese, wenn nicht der Anspruch auf Schadenersatz bzw. Umtausch erfüllbar ist, dem Händler bis spätestens einschließlich Freitag, den 24. Mai, zurückgegeben werden. Die Händler ihrerseits haben ihnen zurückgegebene oder etwa noch verbliebene getriebene Wägen spätestens am Sonnabend, den 25. Mai, an das Lebensmittelamt zurückzuliefern. — Von Donnerstag, den 23., bis einschließlich Dienstag, den 28. Mai, werden auf Abschnitt W der Bezugskarte für Einzelpersonen (5. Ausgabe, blau) 150 Gramm Dörren-Siedfleisch und 75 Gramm Dörren-Beifisch abgegeben. Die Entnahme hat in dem Geschäft zu erfolgen, wo die Voranmeldung durch Abgabe des Abschnittes T vom 7. bis 12. April, bewirkt worden war.

Weißensee. Das Gemeindefiskus hat bis Ende Februar 1918 auf 12215 Pfänder 823 149,20 M. ausgeliehen, worauf 813 881,60 Mark zurückgezahlt worden sind. Der Lagerwert der verbliebenen 113 Pfänder beträgt 13 905,50 M., die mit 9267,60 M. befreit sind.

Lebensmittel. Im Gemeindebezirk entfallen auf Abschnitt 27 der allgemeinen Lebensmittelkarte 150 Gramm Gerstengraue oder Graupen. Die Ware wird vom 23. d. M. ab verabfolgt. Sie muß in dem Geschäft entnommen werden, in dem der Inhaber der Lebensmittelkarte sich zum Bezuge von Nahrungsmitteln angemeldet hat.

Treptow, Gemeindeverwaltung. In der letzten Sitzung machte der Gemeindevorsteher Bürgermeister Schablow die Mitteilung, daß von 1800 Kindern, die für den Landaufenthalt vorgesehen waren, nur 840 in diesem Jahre untergebracht werden können. Als Ersatz sollen die Kinder, die nicht nach auswärts gehen können, durch Lehrpersonen zu Ausflügen usw. herangezogen werden. — Die Berliner städtischen Gaswerke und Wasserwerke haben mitgeteilt, daß sich der Preis von 12,35 auf 20 Pfennig beziehungs-

weise von 15 auf 17,5 Pfennig für das Kubikmeter erhöht hat. Die beschlossene Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten für auswärtige Schüler ist genehmigt worden, ebenso die Erhebung von Beiträgen für den Besuch der gewerblichen Pflichtfortbildungsschule. Für das W. Lankeitsche Jungbrunnenbad in Treptow-See, Niebelsdorf, 177/178, wurde eine einmalige Beihilfe von 1000 M. als Kosten zur Instandhaltung bewilligt. Die Abänderung des Fluchtlinienplanes für das an Neudölln angrenzende südwestliche Gemarkungsgebiet zwischen dem Heibelampweg, der Forsthausallee, dem Heibelampgraben und dem Krauseischen Grundstücke hatte die Gemeindevertretung bereits mehrfach beschloffen. Nach ministerieller Anordnung sollte der große Spielplatz von rund 1200 Quadratmeter Fläche in fluchtlinienmäßiger Ausweisung angelegt werden. Die Einsprüche der Wohnungsgesellschaft sind durch den Bezirksausschuß endgültig abgewiesen worden. Der Abänderung nach dem Wohnungsgeziehe wurde entsprochen. Der Antrag auf Uebernahme der beiden Kinderkorte im Berliner und im Rammfäulenweg Ostteil (Wouds- und Ernststraße) in die Verwaltung der Gemeinde am 1. Juni fand Annahme. Der Gemeindevorstand hat gleich anderen Vororten dem neuen Einheitsverträge zwischen dem Zweckverband Groß-Berlin und der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft zugestimmt und sich der Erklärung angeschlossen, wonach die Gemeinde zugunsten des Zweckverbandes Groß-Berlin auf die ihr zustehenden Rechte verzichtet. Bürgermeister Schablow gab eine ausführliche Darstellung der neu eingetretenen Verhältnisse. Zwischen dem Sperrtunnel und dem Spittelmarkt wird eine neue Verbindung hergestellt werden. Die Gemeindevertretung stimmt der Neugestaltung mit der Bedingung zu, daß der Gemeinde die bisher an sie gezahlten Abgaben bis 1949 ungefährmälert zustießen (8 Prozent der Einnahmen).

Lichtenrade, Kleinhäuserwohnungen. Auch die Gemeinde Lichtenrade hat vorbereitende Maßnahmen zur Förderung des Kleinhäuser- und Kleinwohnungswehens gefaßt. Der Gemeindebezirk weist ein ausgedehntes Siedlungsgebiet auf; von den Vororten in der näheren Umgebung Berlins ist in Lichtenrade auch die Auffüllung des privaten Geländes für Kleinhäuserwohnungen am weitesten vorgeschritten. An zum größten Teil fertiggestellten und gepflasterten Straßen haben sich schon jetzt etwa 1500 Berliner Kleinfiedler und Landensolonien angegliedert. Die Gemeinde selbst hat sich genügend Gelände für Kleinhäuserwohnungen gesichert. Sie will in Anlehnung an die Grundzüge der Bodenreform nicht nur für kleine und kleinste Wohnungen Sorge tragen, sondern auch Wohnungen und Landhäuser für den Mittelstand schaffen. Auf diese Weise sollen auf der einen Seite gesunde Wohnungen hergestellt werden, deren Mieter nicht einer unbedingten Preissteigerung ausgesetzt sind, auf der anderen Seite will man den allgemeinen Wertzuwachs an Grund und Boden der Gemeinde dadurch erhalten, daß die Grundstücke teils nur verpachtet werden, teils behält sich die Gemeinde beim Verkauf das Recht des Rückkaufs zum Erwerbspreis zuzüglich der Kosten für die vom Eigentümer vorgenommenen Verbesserungen vor. Im Zusammenhang hiermit hat die Gemeinde Lichtenrade ihre Bewohnungspläne von Grund auf neu geregelt, wobei auf die Erhaltung des dortigen Waldbestandes die größte Rücksicht genommen ist. Die für die Wälderhaltung in Betracht kommenden Flächen betragen etwa 200 Morgen, wobei noch etwa 100 Morgen der privaten Ansiedlung in günstiger Lage vorbehalten sind.

Friedrichshagen. Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurde in die Grundeigentumsdeputation Gen. Stephan und in die Stützungsdeputation Gen. Miele gewählt. Eine längere Debatte trieb die Anfrage des Gen. Miele betr. Wohnungsnot. Er stellte den Antrag, einen Ausschuß einzusetzen, der der Gemeindeverwaltung so schnell wie möglich geeignete Vorschläge zur Abhilfe der Wohnungsnot zu unterbreiten hat. Bürgermeister Dr. Stiller betonte, daß sich der Gemeindevorstand schon des Öfteren mit der Angelegenheit befaßt habe. Augenblicklich sei eine Statistik über die leerstehenden Wohnungen im Gange, deren Ergebnis erst abgewartet werden muß. Auf den Vorschlag des Bürgermeisters wurde sodann der Antrag der Deputation überwiegen. Zum Schluß führte Genosse Miele lebhaft Klage über die Schwierigkeiten beim Ausbessern von Schuhwerk. Augenblicklich sei es fast unmöglich, Stiefel reparieren zu lassen, da die wenigen anwesenden Schuhmacher mit derartigen Arbeiten ganz enorm überhäuft seien. Er schlägt deshalb eine Gemeinde-Reparaturwerkstatt vor. Dieser Antrag folgend, wurde sodann eine Kommission mit dem Genossen Miele als Vorsitzenden gewählt, die der Vertretung geeignete Vorschläge machen soll.

Gerichtszeitung.

Das Leiden eines Kriegesbeschädigten.

Ein Dekorateur, der infolge einer Verwundung eine dauernde Störung seines Nervensystems davongetragen hat, war im Aufnahmestadium einer Hysterie befallen. Als der Theatermeister dem Dekorateur Anweisungen über die zu verrichtende Arbeit erteilte, widersprach dieser. Es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der nervenleidende Dekorateur so erregt wurde, daß er den Theatermeister mit Tätlichkeiten bedrohte und einen Nervenschuß bekam, der ihn vorläufig hinderte, weiterzuarbeiten. Als der Dekorateur nach einigen Tagen wieder zur Arbeit erwichen, wurde er ohne Kündigung entlassen, weil er den Anordnungen des ihm vorgelegten Theatermeisters nicht Folge geleistet und ihn bedroht hatte. Der Dekorateur klagte beim Gewerbegericht auf Vergütung der Kündigungszeit, wurde aber mit seiner Klage abgewiesen, weil der angeführte Grund an sich die kündigungslose Entlassung rechtfertigt und es dabei nicht in Frage komme, daß der Kläger infolge eines Nervenleidens, das er als Kriegesbeschädigter davongetragen habe, zur Erregung neige.

Der „Verein der Schleifhändler“. Vor dem Schöffengericht Berlin-Weidung war der Schuhmacher Waite wegen verschiedener Vergehen gegen die einschlägigen Kriegsvordriften angeklagt. U. a. wurde er beschuldigt, Schuhwaren im Wege des Schleifhandels für sein Geschäft erworben zu haben. Er behauptete nun, daß er nur von einer „Händlervereinigung“, an die sich alle im Bedarfsfalle wendeten, ein paar Stiefel für eine Kundin befohlen habe. Die der Vorliegende jedoch hierauf bemerkte, hat es mit dieser Händlervereinigung keine eigene Verbindung, denn sie sei, wie sich schon ergeben, lediglich ein „Verein von Schleifhändlern“, der in der Nähe des Alexanderplatzes seine Zusammenkünfte habe. Der Angeklagte wurde infolgedessen im Sinne der Anklage verurteilt, gegen ihn mit Rücksicht auf die Sachlage aber nur auf 50 Mark Geldstrafe erkannt.

Aus aller Welt.

Ein befangenes Schöffengericht.

Vor dem Schöffengericht in Hannover sollte die Verhandlung gegen 11 Wirte stattfinden wegen Ueberdrehung der Höchstpreise usw. Weinstuben, Hotels und Speisewirtschaften kamen in Frage. Der Schöffe Vanher Stein erklärte, er wolle mit seinem Haushalt täglich in die Kasse geraten, sich der gleichen Vergehen schuldig zu machen. Er müsse sich daher als befangen erklären. Dieser Erklärung schloß sich sein Mitschöffe, der Advokatenmeister Höbhel an. Der Ankläger erklärte, er könne psychologisch den Empfindungen der beiden Schöffen sehr wohl folgen. Die Verhandlung mußte vertagt werden. Man fragt sich, ob es überhaupt

nach möglich ist, unbesungene Schöffen zu finden, da es wohl kaum einen Menschen geben wird, der bei der Nahrungsmittelnot nicht auch schon mal Nahrungsmittel unter Ueberbietung der Höchstpreise gekauft hat.

Erdbeben in Chile.

Ein schweres Erdbeben erfolgte in La Serena in der Provinz Coquimbo. Zahlreiche Gebäude wurden beschädigt. Im Innern der Stadt brach ein Brand aus, der beträchtlichen Schaden verursachte. In den umliegenden Städten war das Erdbeben weniger stark. Aus der übrigen Provinz liegen keine Nachrichten vor.

Das Erdbeben in Hongkong. Wie der „Main“ berichtet, ist das Erdbeben in Hongkong äußerst schwer gewesen. Swatow sei vollkommen zerstört. Die Zahl der Toten beträgt über 600. Tausende von Chinesen sind obdachlos.

Briefkasten der Redaktion.

H. Z. G. Volks-Feuerbestattungsverein Groß-Berlin, Adresse: Paul Günther, NO 18, Landsberger Allee 52. — H. 11. Das erlaube Sie durch eine Anfrage bei der Konsultationsstelle des Roten Kreuzes, Berlin W 66, Leipziger Str. 3. — Feldgrane Abonnenten 55 226. Die Marsche Wertbeurteilung können wir Ihnen im Rahmen einer Briefkastennotiz nicht erläutern. Schriften darüber können Sie durch die Vertriebsbuchhandlung, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, beziehen. — H. G. 100. Wenden Sie sich mit Ihrer Anfrage an die Adress-Verwaltungsbüro, Neudamm, Mariendorfer Weg 23-30. — H. 2. H. und 2. 78. Wenden Sie sich an die Vertriebsbuchhandlung, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. — H. G. 100. 103 000. — Belgoland. Leipziger Str. 67. — H. 2. 156. Bekannte Vertriebsstellen empfehlen wir nicht. Im Berliner Adressbuch, Teil IV, Seite 229, können Sie sich das Gewünschte selbst herausfinden. — H. R. Wittow. Fragen Sie nochmals beim Kreisamt nach. Eventuell wenden Sie sich an die vorerwähnte Behörde. — H. G. 100. 1. und 2. H. 3. Gegen Ende 1913 hatte das deutsche Eisenbahnen eine Länge von 63 730 Kilometer. — H. 3. 1. Von Ihrem Schreiben ist uns nichts bekannt. — H. 2. 20. Ja, wenn Annullabilität eingetreten ist. — H. 116. Wenden Sie sich an die National-Anstalt für Hinterbliebene der im Kriege Gefallenen, Berlin, Alsenstr. 11. — Trevor Reginald 37. Der Gehmann wäre zur Nachzahlung der Rückzahlung verpflichtet. — H. 22. 1. Nur, wenn die Eltern noch leben, könnten diese es anfechten, Geschwister und engeren Verwandte nicht. 2. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an den dortigen Gemeindevorsteher. — H. 2. 3. Der Hauswirt ist dazu berechtigt. Sie können das Mietverhältnis zum Aufhebungsamt anrufen. — H. 2. 4. Reisen und Bergsteigen. — H. 2. 513. 1. Wenn Sie noch aktiv dienen oder anschließend an Ihre aktive Dienstzeit sich noch beim Militär befinden, müssen Sie die Erlaubnis vom Regimentskommandeur haben. 2. Die Ge-

burtsurkunde. 3. Eine bestimmte Dienzeit ist dafür nicht vorgesehen. Das liegt im Ermessen des Vorgesetzten. — Feiner, Rein. — H. 2. 100. Wenn der Gehmann nicht über 3000 M. Einkommen hatte, sind Sie zur Zahlung der Steuer nicht verpflichtet. — Franz Feldgrau. Sie können Ihre Ansprüche auf Rente nach der Entlassung noch geltend machen. — H. 2. 80. 1. Dieser Passus hat für Sie keinerlei Verbindlichkeiten. 2. Wenn unbefristet die Kündigung gegen Sie ausgesprochen wird, können Sie das Mietverhältnis zum Aufhebungsamt anrufen. — G. 92. 1. Verklammerungszugabe könnte Ihnen in dem Falle gewährt werden. 2. Das würde jetzt auf Grund der neuen Verordnung geschehen. 3. Ja. — Bund Karte Nr. 992. Die hoch sich für Rentenanspruch stellt, wissen wir nicht, das wird nach dem ärztlichen Gutachten festgestellt. 2. Wahrscheinlich nicht, da Verklammerungszugabe nur gewährt wird beim Verlust eines Gliedes oder bei so harter Verklammerung, das diese dem Verlust gleichzuachten ist. 3. Nach dem Ihnen zugegangenen Rentenbescheid stand Ihnen der Anspruch wegen der Höhe der Rente zu.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittags. Trocken und größtenteils heiter, später viel Wind und etwas Regen.

Gewinnauszug der 11. Preussisch-Süddeutschen (237. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 3. Klasse 12. Ziehungstag 22 Mai 1918

Table with lottery results for the 11th Prussian-South German Class Lottery, 3rd Class, drawing date May 22, 1918. It lists various prize amounts and winning numbers.

Table with lottery results for the 194th drawing, showing prize amounts and winning numbers.

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 M. gezogen: 2 Gewinne zu 500 000 M., 11568

Table with lottery results for the 190th drawing, showing prize amounts and winning numbers.



Vom Sehen und Aussehen.

Augenlinsen beeinflussen nicht nur Ihr Sehen, sondern auch Ihr Aussehen. Gut angepasste, klare Augenlinsen können dem Anblick den Eindruck von Intelligenz und von etwas Besonderem verleihen. Aber mit schlechten Augenlinsen können selbst wohlgelegene und gutgekleidete Damen und Herren gewöhnlich aussehen. Ein zu großes oder zu kleines Augenglas macht denselben unangenehmen Eindruck wie ein schlechtes Kleidungsstück. Ein Stiel auf der Nase hängendes Glas erweckt die Empfindung von Nachlässigkeit und Unachtsamkeit. Unsere eleganten modernen Kneifer ohne Rand sind ebenso gefällig wie angenehm im Gebrauch. Sie werden Ihnen sorgfältig angepasst. Durchaus nicht jedes Augenglas steht Ihnen gleich gut zu Gesicht. Wir achten darauf besonders und raten Ihnen aus unserer reichlichen Auswahl zu der Form, die Ihnen wirklich gut zu Gesicht steht, dabei aber auch gut sitzt und die vor allem Ihren Augen gute Dienste leistet.



Optiker Ruhnke

- List of branch locations for Optiker Ruhnke: C. Spittelmarkt, W. Leipziger Str. 113, N. Chaussee-Str. 72, NW. Friedrich-Str. 154, Friedenau, Charlottenburg, SO. Oranien-Str. 44, Friedrich-Str. 180, Friedrich-Str. 106, Schöneberg, Haupt-Str. 21, Wilmersdorf, Berliner Str. 132-3, a. d. Händel-Str.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schmied Heinrich Knorich

Bei der Rückkehr zur Arbeit nach dem Pfingstfest wurde uns die betrübende Nachricht, daß unser verehrter Chef, Herr Siegfried Landshoff plötzlich verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlichter Ferdinand Wittig

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treuer, geliebter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel Max Havemann

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metzger Gertrud Brand

Als Opfer des Weltkrieges erlag meinem lieben, verehrten, treuen, geliebten Mann, unser unermesslich lieber, unser unermesslich geliebter Vater, unser unermesslich geliebter Sohn, Bruder, Onkel und Schwager, der Landwirt Karl Müller

Danksagung. Hiermit sage ich allen, die an der Einbürgerungsfeier meines innig geliebten Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels teilgenommen, meinen herzlichsten Dank.

Die nächsten Ausgaben der Partei. Jede des Abgeordneten Scheidemann auf dem Münchener Parteitag. Wer trägt die Schuld an dem Krieg? Monopollage und Arbeiterfrage. Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Partei-Zusammenbruch. Kommunale Kriegsfürsorge. Sozialdemokratie u. nationale Verteidigung. Für die Einheit der Partei.

Ortskrankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Pianofortearbeiter zu Berlin. Bekanntmachung.

Bekanntmachung. Auf Blatt 45 der Karte kann vom 21. bis 31. Mai ein Gel abgegeben und entnommen werden. Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt. Wermuth.

Der Gotteslästerer. Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Waldarbeiter von A. Ger. Preis gebunden 2,- Mark.

Suchen Sie genau in Kellern, Böden, wo Streifen und sonstige Papier-Abfälle liegen. Die 1000 ggr. Stoffabfallhandlung S. Bartschke

Lungen- und Halskrankheiten. Suchen Sie genau in Kellern, Böden, wo Streifen und sonstige Papier-Abfälle liegen.

Der Beginn des 30jährigen Krieges.

Zum 23. Mai.

Dreihundert Jahre sind heute vergangen, seit der langste Krieg, den die europäische Geschichte kennt, aus einer kleinen, scheinbar geringfügigen Ursache entstand.

Der „Majestätsbrief“ Kaiser Rudolfs hatte den Protestanten in Böhmen freie Religionsübung gestattet. Im Vertrauen darauf hatten sie zu Braunau und Klostergrab unweit Teplitz Kirchen erbaut.

Am Morgen des 23. Mai 1618 begaben sich ihre Führer, der Graf von Thurn an der Spitze, nach Prag. Eine große Volksmenge begleitete sie. Unterwegs kam Jizuz. So zog man nach dem Stadtschloß, der Burg von Prag.

Diese Gewalttat war aber das Signal zum allgemeinen Aufstand in Böhmen. Die protestantischen Stände richteten eine Regierung von 80 Doktoren ein und riefen ein Heer unter dem Befehl des Grafen Matthias Thurn.

In der Vorrede zu seiner Geschichte des Dreißigjährigen Krieges schreibt Friedrich Schiller: „Die Regenten kämpften zu ihrer Schwelgerechtigkeit oder Vergewaltigung; der Religionsenthusiasmus warb ihnen die Armeen und öffnete ihnen die Schätze des Volkes.“

Zu einem Entscheidungsschlach am es jedoch nicht, sondern nach dreißigjährigem Wüten und Brennen endete der große Krieg 1648 mit dem Friedensvertrage von Osnabrück und Münster.

Zu einem Entscheidungsschlach am es jedoch nicht, sondern nach dreißigjährigem Wüten und Brennen endete der große Krieg 1648 mit dem Friedensvertrage von Osnabrück und Münster.

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Dibring. Sie lieb den Kopf los und blühte hilflos umher. Kein Mensch war zu sehen. Sie hörte sehr deutlich das Rauschen des Flusses hinten an der Schlucht.

Nach einigen Minuten kamen beide heraus, er mangezogen und sich erst draußen die Hosen an den Trägern befestigend, während sie ununterbrochen schwatzte, wie es gekommen war.

„Sie ist tot, glaube ich,“ sagte er ganz ruhig. Die Truppfarin, die neben der Schwarzen Wärin kniete, fing zu heulen an.

„Nein! Nein! Das kann doch nicht wahr sein, Dison.“ „Ja, nur gut sein!“ sagte Dison. „Es ist nicht wert, darüber zu heulen. Wir wollen sie ruhig liegen lassen, bis der Doktor kommt. Ich werde ihn holen.“

„Aber schnell, Dison! dies ist doch fürchterlich!“ Dison zog sich an und ging zum Krankenhause und zum Doktor hinunter.

Der Doktor war eben mit dem Frühstück fertig, als Dison die Tür öffnete und mit ernsterem Gesicht als sonst hereinkam.

„Guten Morgen, Dison,“ sagte der Doktor. „Was ist denn los?“ Er legte die Serviette zusammen, leerte die Kaffeetasse und stand auf.

„Ach, es ist etwas Schlimmes,“ meinte Dison und drehte verlegen die Wüge. „Soo? Was denn?“ Der Doktor nahm das Zigarrenetui, wählte die Beste, bis die Spitze ab und zündete sie an.

„Ja, sehen Sie, die Schwarze Wärin liegt oben bei mir beim Hirtenhaus. Draußen!“ sagte er erklärend hinzu. „Ist sie betrunken?“

Soldateska verfluchte. Ihm war der Frieden gekommen wie der Krieg: als Schicksal, das über den Häuptern schwebt und das beeinflussen zu wollen, Torheit und Verblendung gewesen wäre.

Automatische Brotbäckerei.

Es ist merkwürdig, daß eine Industrie, die einen so wichtigen Artikel wie das Brot erzeugt und die so alt wie die Zivilisation selbst ist, sich so langsam entwickelt hat, bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit ein völliger Umsturz eingetreten ist.

Erst in den letzten 25 Jahren hat die Backwaren-Industrie geradezu wunderbare Fortschritte gemacht, dank der Anwendung automatischer Maschinen und der wissenschaftlichen Ausarbeitung ihrer Verfahren. Noch vor wenigen Jahrzehnten schätzte man, daß nur 20 Proz. allen Brotes vom Bäcker gebacken werde, während die übrigen 80 Proz. im Hausbrot hergestellt wurden.

Der moderne Bäcker bediente sich wenigstens bis zum Beginn des großen Krieges reinen, gleichmäßig gemahlten Wehls, reiner Preßhefe (anstatt der ungesüßten Wärmern, die saure oder sonst unerwünschte Gärungen verursachen), reinen Wassers und bester Materialien, ferner der Teigmischmaschinen (die gleichmäßige Mischungen liefern), zweckmäßiger Vorrichtungen zur Erhaltung einer gleichmäßigen Temperatur und Feuchtigkeit im Gärungsraum, endlich einer vollständigen automatischen Backmaschine zum Formen des Teiges, zum Einschieben in die Backöfen und Wiederherausziehen.

Die automatische Anlage steigert die Leistungsfähigkeit der Bäckerei, verringert die Herstellungskosten, sichert die äußerste Sauberkeit des fertigen Brotes und liefert ein reines, gleichartiges, nahrhaftes und gesundes Brot. (Unter „Brot“ hat man hier ausschließlich Weißbrot zu verstehen.)

Von nicht geringem Interesse ist auch die Art der Handhabung der Rohmaterialien, ehe sie die automatische Anlage erreichen. Das Mehl wird bei seiner Ankunft gewöhnlich in einem fahlen, trockenen Untergeschoß bei guter Ventilation drei bis vier Wochen aufgehoben um richtig abzulagern. Wenn es gebrauchsfähig ist, wird es nach dem obersten Geschoß des Gebäudes befördert, wo es durch Misch- undbeutelmaschinen sorgfältig gemischt und gleichzeitig von allen Fremdkörpern, wie Sägen, Holz, Fäsern usw. befreit wird.

Ein ununterbrochener Strom kalter, gereinigter Luft strömt in den Mischer und wirkt während des Mischens auf den Teig ein. Hierdurch wird der Teig beträchtlich weicher, das Gluten entwickelt sich besser, und die nötige Abkühlung ist damit für den Teig gegeben, der sich sonst unter dem Einfluß des schnellen Mischens zu sehr erwärmen würde. Nach 15 bis 20 Minuten langem Mischen wird der Teig in einen Trog geschüttet, in dem man ihn drei bis fünf Stunden lang, und zwar in einem sonnigen, von frischer Luft durchströmten Raume aufgeben läßt. Während des Gährens wird der Teig mit Kohlendioxidgas durchdrungen, und der Mehlrestoff

wird in so hohem Maße entwickelt, daß ein höchstwertiges Weißbrot entsteht. Der reife Teig gleitet dann in einen darunter angebrachten Trichter, der ihn direkt zur automatischen Anlage führt.

Der Trichter gibt die nicht selten über 700 Kilogramm wiegende Teigmasse an die Teilmaschine ab, die immer sechs Weißbrote von vollkommen gleichem Gewicht zugleich abtrennt. Diese gelangen dann, in Reihen zu je sechs in eine rotierende Einschlagmaschine, die den Teig in runde Form bringt und gleichzeitig seine Poren schließt, indem sie eine weiche Kupfenhaut darauf legt. Hierdurch kann der Teig, ohne anzuhängen, die verschiedenen Wege der Fabrikation durchlaufen. Schließlich wird er automatisch in regelmäßiger Reihenfolge der Formmaschine zugeführt, die die Brote formt und in die Brottiegel bringt, in denen sie noch einmal durch Dampf in die Höhe getrieben werden. In diesem Stadium ist jeder gewünschte Temperatur- und Feuchtigkeitsgrad erzielbar.

Wenn die Anlage in voller Tätigkeit ist, so trägt sie in unendlicher Reihe, immer zu sechs nebeneinander, gegen 4000 Brote, und leert sich nie; denn wenn auf der einen Seite Brote offenfertig hinausgehen, so kommt auf der anderen sofort wieder die gleiche Zahl automatisch dazu.

Kun gelangen die Brote in den Backöfen mit beweglicher Herdsohle. Es ist wirklich wunderbar anzusehen, wie der unaufhörliche Strom ungedeckter Brote, 5000 in der Stunde, an einem Ende automatisch in die Öfen eingeschleift wird, und wie auf der anderen Seite die goldbraunen, appetitlichen, fertigen Brote, die sich durch ihre vollkommene Gleichmäßigkeit in Gestalt und Zusammenlegung auszeichnen, den Öfen verlassen. Beim Bau dieses Backofens hat jede Vorsicht gewaltet, ein vollkommenes Brot zu erzeugen. Je nach Wunsch kann die Ober- oder die Unterseite des Brotes stärker gebacken werden, lediglich durch Ziehen oder Stoßen einer Klappe. Nach Wunsch läßt sich Dampf in den Öfen blasen oder zurückhalten, und durch Druck auf einen elektrischen Knopf läßt sich die Geschwindigkeit der mechanischen Vorrichtungen erhöhen oder vermindern.

Das knusprige, schön gebräunte und gut durchgebackene Brot wird dann, wie es aus dem Ofen kommt, in ein anderes Stodwerk, gewöhnlich ein tieferes gebracht, wo es so lange auf feinenen Wirren umläuft, bis es abgekühlt ist. Dann umhüllen die Einwickelmaschinen jedes Brot mit einer staub- und feindichten Hülle, was die größte Sicherheit für den Verbraucher bildet.

Die automatische Voreinrichtung kommt den Wünschen des Publikums nach reinen, gesunden Nahrungsmitteln in einer Weise entgegen, daß ihre Einführung sich in erstaunlich raschem Tempo vollzieht. In Amerika sind innerhalb der letzten fünf Jahre über 50 davon erbaut worden.

Aus Hodlers Werkstatt.

Neben die besonderen Kunstprinzipien, denen der jetzt im Alter von 65 Jahren verstorbene sächsische Maler der Schweiz, Ferdinand Hodler, huldigte, sind die Meinungen stets vielfach auseinandergegangen. Hodler selbst hat aber einmal sehr deutlich erklärt, was er sein Kunstprinzip nannte. Als ganz unrichtig bezeichnete er es, daß er von vielen als ein Nachahmer der antiken Kunst hingestellt wurde.

Seine Studien der altägyptischen Malerei habe er erst begonnen, als der größte Teil seiner Werke bereits vollendet war. Wenn er in mehr als einer Beziehung die Grundzüge der antiken Wandmalerei verwertete, so geschah dies, weil er in diesen auch die Grundlinien seiner eigenen Prinzipien wieder fand.

Auf die Frage, was er selbst als das Charakteristische seiner Malerei bezeichnen würde, was die Grundlagen seiner Kunst seien und welche Ziele er verfolgte, erwiderte Hodler einmal: „Der Ausgangspunkt ist für mich, wie er es für jeden bildenden Künstler sein muß, die Natur. Und was mich bei der Beobachtung der Natur besonders verblüffte, das ist, was ich den Parallelsismus nenne. Ich meine damit die Wiederholung, die Gleichartigkeit der Formen. Einmal ist es eine Gebirgskette, einmal das Himmelsgewölbe, dann wieder sind es Blumen und andere Pflanzen, deren Rhythmus auffällt. In jeder einzelnen Pflanze derselben Art wiederholt sich z. B. dieselbe Form, die Natur bringt mit geringen Unterschieden ihren rhythmischen Gedanken in derselben Weise zum Ausdruck. Aber auch bei den menschlichen Empfindungen und deren Äußerungen tritt dieser Grundzug der Gleichartigkeit besonders hervor. Wenn man dies auf die Malerei überträgt, so gelangt man zu der Feststellung, daß auch hier durch die Wiederholung derselben Gestalt der Eindruck erhöht wird. Ich will auf meinen Bildern einen bestimmten Gedanken, eine bestimmte Empfindung zum Ausdruck bringen und zwar so deutlich und intensiv wie möglich.“

Nach diesem Gedächtnis hat Hodler sich zu den Werken der Primitiven hauptsächlich darum angezogen gefühlt, weil er bei ihnen das gleiche Prinzip der Harmonie wiederzufinden glaubte, das seiner Meinung nach allzu lange und allzu sehr vernachlässigt worden war.

„Das glaub ich nicht. Sie wird wohl tot sein.“ „Das wäre ja kein Unglück. Dann hätte man hier im Krankenhaus vielleicht nicht mehr so viel Elend und Schweinerei. Sie verdirbt uns und unsere ganzen Leute,“ sagte der Doktor und sah höchst ungnädig aus.

Dison antwortete nicht. Er hatte kein so reines Gewissen, daß er sich über die Sache zu äußern gewagt hätte. Außerdem war das Äußerste, einzuweichen so wenig wie möglich über die Geschichte zu sprechen. Die Truppfarin mußte die Sache erklären, so gut sie konnte.

Daher kam es zu keinem Gespräch zwischen Dison und dem Doktor auf dem Wege nach dem Wirtshaus, so daß der Doktor über den wirklichen Verlauf völlig unorientiert war, als er oben ankam.

Die Schwarze Wärin lag noch immer allein mitten im Sonnenschein, und der Doktor konnte nicht leugnen, daß sie wirklich häßlich war, wie sie dalag. Die Augenlider waren halb geschlossen, und das Sonnenlicht markierte die Linie der schwach gebogenen Nase. Eine Hand lag auf der Brust, und unter dem Kleid ragte der Fuß so weit vor, daß ein grüner Strumpf mit weißem Zwickel sichtbar wurde.

Der Doktor beugte sich über sie und sah ihre Hand. Sie war schon kalt. Sie hat natürlich einen Schlag bekommen, weil sie soviel getrunken hat, dachte er. Er kniete neben ihr nieder, um ihr in die Augen zu sehen, da gewahrte er auf dem Scheitel den großen Blutsack, der schon zu trocknen begann.

Aha! Jemand hatte ihr die Hirnschale eingeschlagen. Er blickte umher, bemerkte das Waschholz, stand auf und hob es auf. Ein paar lange, schwarze Haarsträhnen klebten an dem Holz. Er sah Dison an. Der wurde purpurn im Gesicht.

„Ich bin es nicht gewesen,“ stotterte er. „Wer denn?“ fragte der Doktor.

Dison antwortete nicht, aber er blickte nach dem Hause hinüber. Ein Gesicht tauchte hinter den Gardinen auf und verschwand.

„Die Truppfarin?“ fragte der Doktor. Dison nickte schweigend.

Der Doktor untersuchte die Schwarze Wärin genauer. Es war kein Zweifel. Sie war tot.

„Ja, das muß nun der Amtmann in die Hand nehmen.“

„Nicht geht es nichts an. Hier ist nichts zu machen,“ sagte er, indem er aufstand und sich den Schmutz von den Knien schlug. Dann ging er. Dison begab sich ins Haus.

Weder Dison noch die Truppfarin kamen am Vormittag mehr zum Vorschein. Sie blieben im Hause und warteten auf den Dolk. Aber es kam kein Amtmann.

Die Schwarze Wärin mußte einsam draußen liegen. Sie, die im Leben von so vielen begehrt worden war, war schon abgetan, vergessen, weg. Niemand kümmerte sich mehr um sie. Es wich gewissermaßen alles von ihr fort, wie sie still und schweigend dalag. Die Schneeberge standen stumm und regungslos mit ihren Steinhergen, die kalten Rinnale, die aus dem Sommerschnee auf den Hängen herausströmten und sich unter dem Bahndamm bis zu ihr durchfrachten, bogen aus, wenn sie bis zu ihr gelangten, als hätten sie Angst bekommen, und die Rücken, die von der Spätsommerwärme hervorgeleckt worden waren, tanzten über ihr, ohne zu wagen, sich niederzulassen. Nur die große, gute Sonne, die zwischen Gerechten und Ungerechten, zwischen Heiligen und Sündern keinen Unterschied macht, schien ebenso warm auf sie herab wie auf alles andere rings in der Natur. Die Sonnenstrahlen, die ihr Gesicht sehr genau besahen, meinten, daß sie lachte, als hätte sie jetzt das richtige Abenteuer gefunden. Den dunklen Fleck auf ihrem Scheitel konnten sie nicht sehen, denn der lag im Schatten, sonst wären sie vielleicht auf andere Gedanken gekommen.

Gegen Mittag kam Sarri an der Bahn entlang geschlendert. Er blieb stehen und sah sie an, dann holte er ein paar gelbe Birkenzweige und legte sie ihr unter den Kopf. Er erinnerte sich, wie er sie das erstemal gesehen hatte, als sie ihm Kaffee und Brot gab. Als Dapye hatte er noch Dankbarkeit. Er war noch nicht von der Kultur gesegnet.

Weiter kam niemand. Und der Amtmann kümmerte sich nicht um die Geschichte. Alle waren froh, die Schwarze Wärin los zu sein, und nur die Krankenpflegerinnen, die sich vor nichts fürchteten, wagten sie anzufassen. Sie wuschen sie schön rein und zogen ihr ein neues Nachthemd an. Als sie im Sarge lag, sanden die Krankenpflegerinnen, daß die Welt unbegreiflich war. Die gerade, seine Nase, die schön gewölbte Stirn, die großen runden Augenlider und das blaue-schwarze Haar machten sie zu einer Königin.

„Ja, das muß nun der Amtmann in die Hand nehmen.“

(Fortf. folgt.)

Direktion Max Reinhardt,
Deutsches Theater.
7 Uhr: Faust I.
Kammerspiele.
8 Uhr: Sumurun.
Volksbühne.
Theater am Blüowplatz.
Untergrund. Schönbr. Tor.
7 1/2 Uhr: Hamlet.

Theater des Westens
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Die Tänzerin.

Theater in Königgrätzer Str.
7 1/2 Uhr: Der Katzensteg.
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die Zarin.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Zum 100. Male:
Blitzblaues Blut.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Lindenstr.
Nord. 8650. Täglich 7 1/2:
Familie
Hannemann.
Hans Junkermann, v. Möllendorff
Alice Tarning, Richard Georg.

National-Theater.
Cöpenicker Str. 68. Tägl. 7 1/2.
Der große Erfolg!
Mäuschen.
Musik: Walter Bromma.

Theater für Donnerstag, 23. Mai.
Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Figaros Hochzeit
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Nanie.
Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Komische Oper
7 1/2 U.: Schwarzwaldmadel.
Sonnt. 12 U.: Die goldene Eva.
Seg. 8 1/2 Uhr: Die Kinckölnig.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Ein Erfolg.
Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Der letzte Funke.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde
Theater am Nollendorfplatz
8 1/2 Uhr: Das Gefängnis.
7 Uhr:
Son's orlos Theater

Büsch
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große
Circus-Programm
und zum Schluß:
„Frühlingsspiele“
mit den lustigen
Wasserszenen!

WINTERGARTEN
Paul Göbel
der Urkomische
Chester Dieck
Exotischer Radfahrakt
sowie der
große
Mai-Spielplan!
Kostüme
Mäntel 1072
Kleider
Hüte und Blusen
fertig zu soliden Preisen
Atelier Bolz,
Str. 13, 1.

Apollo-
Theater
Friedrichst. 218
7 1/2, **Paul**
Beckers
Deutschlands
bester Komiker
sowie 12 erste
Variété-Attraktionen
Sonntag 3 1/2 Uhr, jeder
Erwachs. 1 Kind frei!

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich 4 1/2 Uhr:
Im Wollentarameter.
Große Rollen-Audience in 6 Bildern
v. Max Hork u. Harry Schreier.
Dazu: die großart. Spezialitäten

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Säng.
Reichshallen-Saal 7 1/2 U.:
Großes Blüthen-Konzert.

Schule des Werkzeugmachers
von Fritz Schön sowie andere
technische Bücher empfiehlt
Vorwärts - Sortiment - Buch-
handlung, Lindenstraße 3
(Laden).

Trianon-Theater
Bhf. Friedrichstr. Znr. 4927, 2391
7 1/2 Zum 203. Male: **Der**
Lehensschüler.
Wüst, Kaiser-Tita, Bildt, Plink
Heute 7 1/2 kl. P.: Rotkäppchen,
Sonntag 7 1/2 kl. P.: Dornröschen
Sonnt. 7 1/2 kl. P.: Gespenster.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Sajdah
Deutsche Tänze
7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Casino-Theater
Kotbinger Str. 37. Tägl. 7 1/2 U.
Nur noch kurze Zeit
das leitere Familienbild
Anna's Traum.
Vorher erfüllt. Spezialitäten,
u. a. Brooks & Cokel, Schoels.
Sonnt. 4 Uhr: Matzenauer.

Spezialarzt
Dr. med. Reinhardt,
Potsdamerstr. 117, 12-2-3-4, 10
Syphilis, Harn-, Frauenleiden,
Blutuntersuchungen, Nervenleiden,
erfolgreich. Heilverfahren. Teilg.
Stehes mit Karl. Bruch, 0,6002,
nach außerhalb verschlossen 1 M.

Möbel
Stube und
Küche
1585 H.
Modern.
Pat.-Matr., drel-
teil. Aufl. Spieg.
Eigene Fabrikat
Julius Stilke
Charlottenburg
49 Berliner Str. 48
Tischlerei, 5731
Polsterei, Lackiererei.
Versorgung

Hofwurst Pfund
1.80
verkauft solange Vorrat 58/9
Nachtigal, Wollentorstr. 65.

Führer
durch das preussische
Einkommensteuergesetz
35. bis 40. Jahrgang
Mit 19 Formularen für Einkommen und
Verluste, sowie einem aus-
führlichen Cashregister
Preis 60 Pf.
zu haben in allen
Buchhandlungen Vorwärts,
Berlin O.S. 68, Lindenstraße 3

Verkäufe
Elegante Kostüme, Damen-
mäntel, Damenuisler, Damen-
röcke, Hüte, Herrenanzüge,
Büchsen, Winterboots, Winter-
mäntel, Pelzwaren, Lederwaren,
Kleider, Herrenanzüge, 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772

Hias ein feld-
graues Spiel
Täglich 7 1/2 Uhr abends
Palast-Theater am Zoo
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Bachitzchen.**
Gartenbühne 7 Uhr: Gr. Revue.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Donauliebchen.

Kaufgesuche
Epitapher, jeden Vollen
kauft Bogenbauanstalt Otto,
Oranienstraße 173. 202*
Platinabfälle per Gramm bis
7.50 Markt, Ketten, Ringe,
Befehle, Uhren, Tafelaufsätze,
Treffen, photographische Rück-
stände, Papiere, Glühbirnen,
alte Fahrgestelle, silber-
ne Hüte und Bekleidung usw.
kauft Max u. Silber-
schmelzerei Brod, Berlin, Cöpen-
ickerstraße 29. Telefon:
Kotbingerplatz 3476. Eigene
Schmelze, direkte Verwertung.
171*

Unterricht
Heinrich Reuters Privat-
Zeichenschule, nur Alexander-
platz, Eingang Königsgarten.
Altenährte Fachlehreramt
Tages-, Abendkurse, Herren-
Damenzeichnen, Zeichnen,
Schneiden, Anfertigung, Beruf
und Hausbedarf. Erzieher-
frauen Vergünstigung. Gratis-
prospekte. 222*

Arbeitskräfte
erhalten Sie am schnellsten durch
eine Anzeige im Arbeitsmarkt
der Tageszeitung der Arbeiter-
schaft von Groß-Berlin dem
„Vorwärts“

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Fahrradfabrik, militärisch,
funktionstüchtig, auch einige Mit-
fahrer sofort gesucht. Deutsche
Bierbrauerei, Berlin, Kottbus-
erstraße 110. 202/1*

Möbel
Kobler-Boebel, Moritzplatz 58,
Radlitzgebäude. Spezialität:
Ein- und Zweizimmer-Ein-
richtungen! Nischenmöbel in
Nußbaum und eichenen Wohn-
zimmern, Schlafzimmern, Speise-
zimmern, Herrenzimmern, Küche-
betten, 9 Eragen! Beschä-
digte erbeten. 9-12, 3-7.
Rufnummer wird nicht ver-
sendt. 2372*

Möbel-Cohn, im Osten,
Große Frankfurterstraße 58, im
Nordend Badstraße 47/48, lie-
fert auf Kredit an jedermann
bei kleinster An- und Abzahlung
ganze Wohnungs-Einrichtungen
und einzelne Möbelstücke sowie
farbige Küchen-Einrichtungen in
besten Ausführung. Beschä-
digte meiner Möbel ohne jeden
Nachschuß gern gekauft.
Größe Rücksicht bei Krankheit
und Arbeitslosigkeit. Kriegs-
beschädigte erhalten Rabatt.
Kannone mitbringen, Wert
5 Mark. Lieferung frei Haus.
Sonntags 8-10 geöffnet.
1068*

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Fahrradfabrik, militärisch,
funktionstüchtig, auch einige Mit-
fahrer sofort gesucht. Deutsche
Bierbrauerei, Berlin, Kottbus-
erstraße 110. 202/1*

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Fahrradfabrik, militärisch,
funktionstüchtig, auch einige Mit-
fahrer sofort gesucht. Deutsche
Bierbrauerei, Berlin, Kottbus-
erstraße 110. 202/1*

Verkäufe
Elegante Kostüme, Damen-
mäntel, Damenuisler, Damen-
röcke, Hüte, Herrenanzüge,
Büchsen, Winterboots, Winter-
mäntel, Pelzwaren, Lederwaren,
Kleider, Herrenanzüge, 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772

Möbel
Kobler-Boebel, Moritzplatz 58,
Radlitzgebäude. Spezialität:
Ein- und Zweizimmer-Ein-
richtungen! Nischenmöbel in
Nußbaum und eichenen Wohn-
zimmern, Schlafzimmern, Speise-
zimmern, Herrenzimmern, Küche-
betten, 9 Eragen! Beschä-
digte erbeten. 9-12, 3-7.
Rufnummer wird nicht ver-
sendt. 2372*

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Fahrradfabrik, militärisch,
funktionstüchtig, auch einige Mit-
fahrer sofort gesucht. Deutsche
Bierbrauerei, Berlin, Kottbus-
erstraße 110. 202/1*

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Fahrradfabrik, militärisch,
funktionstüchtig, auch einige Mit-
fahrer sofort gesucht. Deutsche
Bierbrauerei, Berlin, Kottbus-
erstraße 110. 202/1*

Verkäufe
Elegante Kostüme, Damen-
mäntel, Damenuisler, Damen-
röcke, Hüte, Herrenanzüge,
Büchsen, Winterboots, Winter-
mäntel, Pelzwaren, Lederwaren,
Kleider, Herrenanzüge, 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772

Möbel
Kobler-Boebel, Moritzplatz 58,
Radlitzgebäude. Spezialität:
Ein- und Zweizimmer-Ein-
richtungen! Nischenmöbel in
Nußbaum und eichenen Wohn-
zimmern, Schlafzimmern, Speise-
zimmern, Herrenzimmern, Küche-
betten, 9 Eragen! Beschä-
digte erbeten. 9-12, 3-7.
Rufnummer wird nicht ver-
sendt. 2372*

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Fahrradfabrik, militärisch,
funktionstüchtig, auch einige Mit-
fahrer sofort gesucht. Deutsche
Bierbrauerei, Berlin, Kottbus-
erstraße 110. 202/1*

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Fahrradfabrik, militärisch,
funktionstüchtig, auch einige Mit-
fahrer sofort gesucht. Deutsche
Bierbrauerei, Berlin, Kottbus-
erstraße 110. 202/1*

Verkäufe
Elegante Kostüme, Damen-
mäntel, Damenuisler, Damen-
röcke, Hüte, Herrenanzüge,
Büchsen, Winterboots, Winter-
mäntel, Pelzwaren, Lederwaren,
Kleider, Herrenanzüge, 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772

Möbel
Kobler-Boebel, Moritzplatz 58,
Radlitzgebäude. Spezialität:
Ein- und Zweizimmer-Ein-
richtungen! Nischenmöbel in
Nußbaum und eichenen Wohn-
zimmern, Schlafzimmern, Speise-
zimmern, Herrenzimmern, Küche-
betten, 9 Eragen! Beschä-
digte erbeten. 9-12, 3-7.
Rufnummer wird nicht ver-
sendt. 2372*

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Fahrradfabrik, militärisch,
funktionstüchtig, auch einige Mit-
fahrer sofort gesucht. Deutsche
Bierbrauerei, Berlin, Kottbus-
erstraße 110. 202/1*

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Fahrradfabrik, militärisch,
funktionstüchtig, auch einige Mit-
fahrer sofort gesucht. Deutsche
Bierbrauerei, Berlin, Kottbus-
erstraße 110. 202/1*

Verkäufe
Elegante Kostüme, Damen-
mäntel, Damenuisler, Damen-
röcke, Hüte, Herrenanzüge,
Büchsen, Winterboots, Winter-
mäntel, Pelzwaren, Lederwaren,
Kleider, Herrenanzüge, 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772
Reißhaus, Blücherstraße 10.
Hohe Bekleidung, Verkauf von
Silberwaren, goldene, silberne
Uhren, Armbänder, Ketten,
Anfang jeder Woche. 772

Möbel
Kobler-Boebel, Moritzplatz 58,
Radlitzgebäude. Spezialität:
Ein- und Zweizimmer-Ein-
richtungen! Nischenmöbel in
Nußbaum und eichenen Wohn-
zimmern, Schlafzimmern, Speise-
zimmern, Herrenzimmern, Küche-
betten, 9 Eragen! Beschä-
digte erbeten. 9-12, 3-7.
Rufnummer wird nicht ver-
sendt. 2372*

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Musikinstrumente
Pianos, neue und gebrauchte;
Geigen, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;
Klavierorgeln, neue und gebrauchte;

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Fahrradfabrik, militärisch,
funktionstüchtig, auch einige Mit-
fahrer sofort gesucht. Deutsche
Bierbrauerei, Berlin, Kottbus-
erstraße 110. 202/1*

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Fahrradfabrik, militärisch,
funktionstüchtig, auch einige Mit-
fahrer sofort gesucht. Deutsche
Bierbrauerei, Berlin, Kottbus-
erstraße 110. 202/1*

Kühlmann über den Frieden von Bukarest.

Die Handelskammer hatte für gestern Abend zu einer Sitzung Einladungen ergehen lassen, zu der der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. von Kühlmann, einen Vortrag über den rumänischen Frieden zugesagt hatte. Nach einer Begrüßung durch den Präsidenten nahm der Staatssekretär das Wort.

Herr v. Kühlmann führte in längerem Vortrage zunächst aus, in welcher glänzenden wirtschaftlichen Lage sich Rumänien dank einem unerhörten raschen Aufstieg vor dem Kriege befunden habe. Er schilderte sodann die politischen Ideen, mit denen die rumänische Regierung nach einer verlogenen, in allen Einzelheiten uns abträglichen Neutralität das Volk in den schlecht vorbereiteten Krieg geführt habe. Es war der Traum eines Kaiserreiches Dalien, das eine Volksmacht von 12 bis 14 Millionen Seelen werden sollte. Den Verlockungen dieser von den Ententeagenten mit großer Gewandtheit immer wieder hervorgezuckerten Kata Morgana seien die leitenden rumänischen Kreise erlegen. Das rumänische Volk habe sich teils widerwillig teils apathisch treiben lassen.

Die weiteren Erörterungen des Staatssekretärs wandten sich den Fragen des Friedensschlusses zu, deren Kompliziertheit sich schon daraus ergibt, daß es sich um den Abschluß eines Koalitionsfriedens handelte. In diesem Zusammenhang besprach der Redner die Dohradfrage und die österreichisch-ungarische Grenzberichtigung und legte dar, wie für Deutschland der ganzen geographischen Lage nach territoriale Wünsche nicht in Frage kommen konnten, dagegen seien bedeutende wirtschaftliche Vorteile gewonnen worden. Festgelegt sind die ausgiebige Benutzung des Donauweges, der ungehemmte Verkehr auf den Bahnen, der gesicherte Durchgangsverkehr der Kabeln und Telegraphen. Ebenso sind die nötigen Garantien geschaffen, daß von Zerealien wie anderen Naturprodukten und Delenzeugnissen Rumänien alles hergibt und liefert, was es herzugeben und zu liefern imstande sei. Außerdem sei zwar eine Kriegsschädigung in hohem Maße nicht verlangt worden.

Die Entschädigung, die Rumänien aus dem Rechtsvertrage und verschiedenen anderen Zusatzverträgen und Abkommen zu zahlen habe, beliefen sich aber auf recht erhebliche Summen. Die Verhandlungen in Bukarest wurden in engstem Einvernehmen mit allen Verbündeten, besonders natürlich mit Oesterreich-Ungarn geführt, und eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten ist auch ferner die Grundlage einer erfolgreichen deutschen Wirtschaftspolitik nach dem Westen und darüber hinaus. Der Staatssekretär schloß sodann mit einem Ausblick auf unsere weltwirtschaftliche Zukunft.

Letzte Nachrichten.

Der größte Bombenangriff auf London.

Berlin, 22. Mai. (W. T. V.) Starke deutsche Bombengeschwader griffen in der Nacht vom 19. zum 20. Mai wiederum London an. Die Unternehmung gestaltete sich durch die große Zahl der Flugzeuge, die London erreichten, und die Menge der auf die Mitte der Stadt abgeworfenen Bomben zum größten aller bisher durchgeführten Angriffe auf London. Einwandfrei wurde die starke Wirkung unserer Bomben in der City zwischen Admiralität und Westminster Docks beobachtet. 4 große Brände brachen im Innern der Stadt aus. Mit demselben guten Erfolg griffen andere Bombenflugzeuge Dover, Chelmsford, Chatham und Southend an.

London, 20. Mai. (Neuter. Verspätet.) Mithlich. Nach den Berichten sind vier von den feindlichen Flugzeugen, die London und das Südküstengebiet in der letzten Nacht angriffen, zum Absturz gebracht worden. Es scheint ein Angriff größeren Stils gewesen zu sein. Eine beträchtliche Anzahl Bomben wurde abgeworfen, aber bis jetzt liegen noch keine Berichte über Verluste und Beschädigungen vor.

Ein chinesisch-japanischer Waffenbund.

Paris, 21. Mai. Aus Peking wird gemeldet, daß der chinesisch-japanische Vertrag, der am 16. Mai unterzeichnet wurde, bestimmt, daß die beiden Mächte mit dem Zwecke, der Gefahr einer deutschen Durchdringung des Ostens zu begegnen, eine gemeinschaftliche Vereinbarung auf dem Fuße voller Gleichberechtigung unter der Bedingung gegenseitiger Hilfe und Unterstützung für die Gegenden abgeschlossen, wo ein gemeinschaftliches Vorgehen notwendig ist. Die chinesischen Behörden verpflichten sich, die Aufgabe der Japaner in den besetzten Gebieten zu erleichtern, während die Japaner sich verpflichten, die chinesische Souveränität und die Landesgüter zu achten und das chinesische Gebiet unmittelbar nach Beendigung der Operationen zu räumen. Die chinesischen Truppen können außerhalb des nationalen Gebietes verwendet werden. Ueber die Frage, ob die chinesische Ostseebahn im Laufe der Operationen benutzt werden soll, werden die beiden Regierungen zu einer Uebereinkunft kommen.

Spionage-Urteil.

Berlin, 22. Mai. Wegen Spionageversuch ist durch Urteil des Reichsgerichts der Schweizer Staatsangehörige Mechaniker Fritz Wätschich zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

Wätschich war durch einen englischen Agenten in der Schweiz gedungen worden, bei Flugzeugwerken Arbeit zu suchen, Truppentransporte auszulassen und über solche in einer verarbeiteten Riffen- und Zeichenprache zu berichten, gleichzeitig auch in den Flugzeugwerken Sabotage zu verüben. Anfang dieses Jahres reiste er unter falschem Namen ein, wurde aber alsbald festgenommen.

Schiffbrüchige deutsche Flieger gerettet.

Kopenhagen, 21. Mai. „National Tidende“ meldet aus Kalmö: Mit einem holländischen Dampfer kamen am Sonnabend in Göteborg zwei deutsche Flieger an, die wegen Benzinmangels auf der Nordsee hatten niedergehen müssen und, nachdem sie vier Tage und drei Nächte auf See zugebracht hatten, von dem Dampfer aufgenommen worden waren. Ein schwedischer Fischdampfer rettete an der Doggerbank zwei andere deutsche Flieger und brachte sie nach Harstrand ein. Die Flieger, die ebenfalls infolge Benzinmangels zum Niedergehen auf dem Meere gezwungen worden waren, hatten sechs Tage, teilweise ohne Lebensmittel und Wasser, auf dem Meere zubringen müssen.

Ein Aktionsprogramm der Sozialdemokratie.

Der Entwurf der Kommission.

Der Würzburger Parteitag hat den Parteivorstand mit der Berufung einer Kommission beauftragt, die den Entwurf zu einem Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auszuarbeiten und den Parteinstanzen zur Beschlussfassung vorlegen soll.

Der Parteivorstand ist diesem Beschlusse des Parteitages nachgekommen. Den von der Kommission ausgearbeiteten Entwurf eines Aktionsprogramms stellen wir hiermit zur Diskussion.

Der Kommission haben angehört die Genossen Auer, Münder, Cunow, Berlin, Reil, Stuttgart, König, Dortmund, Landsberg, Magdeburg, Löbe, Breslau, Paepow, Hamburg und Wissel, Berlin.

Der Weltkrieg hat sich im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands als gewaltiger revolutionärer Faktor erwiesen. Die überlieferten Produktions- und Handelsverhältnisse, die Vermögens-, Erwerbs- und Klassenstruktur des deutschen Volkes haben tiefgreifende Umwälzungen erfahren. Kriege nach Friedensschluß eintreten. Noch stehen wir mitten im reichenden Strom der Entwicklung. Diese Veränderung und Verschiebung der Lebenslage unseres Volkes erfordert die möglichste Sicherung seines politischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Das bedingt eine Umgestaltung der aus der Zeit vor dem Kriege überkommenen staatlichen Einrichtungen und stellt dadurch die deutsche Sozialdemokratie vor eine Reihe neuer schwieriger Aufgaben. Es gilt, die jetzige, hauptsächlich auf den Kriegsbedarf eingestellte Volkswirtschaft ohne nachhaltige Erschütterung des Erwerbslebens planmäßig wieder in den Friedenszustand hinüberzuführen und die hierzu erforderlichen organisatorischen Uebergangsmaßnahmen zu treffen. Es sind die durch den Krieg zerstörten volkswirtschaftlichen Werte wieder aufzubauen und die zurückbleibenden finanziellen Lasten so zu verteilen, daß sie, ohne die fernere Wirtschaftsentwicklung zu hindern, den Leistungsfähigen zufallen. Die geschwächte Gesundheit und Arbeitskraft des Volkskörpers sind durch eine weitblickende Sozialpolitik wieder zu stärken und ferner politische Reformen durchzuführen, die dem deutschen Volke einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung sichern und den Uebergang des alten Obrigkeitsstaates in einen demokratisch-sozialistischen Verwaltungsstaat vorbereiten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann und darf sich nicht von den Ereignissen treiben lassen und der durch die soziale Entwicklung zu gesteigerter Machtvolle gelangten Staatsgewalt die Durchführung der Neuordnung zuweilen, sie muß in zielbewusster Mitarbeit die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse unseres Volkes in eine zum Sozialismus führende Bahn zu lenken suchen.

In der Erfüllung dieser ihrer nächsten Aufgaben erkennt die Sozialdemokratische Partei das nachfolgende, sich auf die allgemeine Zustimmung des Würzburger Parteitages stützende Aktionsprogramm, das das Erfurter Parteiprogramm nicht aufheben, sondern ergänzen soll, als für sie maßgebend an:

I. Politische Forderungen.

Die Erfahrungen des Krieges haben neue Beweise für die Notwendigkeit der demokratischen Durchdringung des Staates, d. h. für die Volksherrschaft erbracht. Zur Durchführung der Volksherrschaft ist erforderlich, daß das Volk entscheidenden Einfluß auf den Reichstag, die einzelstaatlichen und kommunalen parlamentarischen Vertretungen erlangt und diese wieder auf die Regierungsgewalt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher:

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an ohne Unterschied des Geschlechts für alle parlamentarischen Körperschaften im Reich wie in den Einzelstaaten und den Gemeinden, Einführung der Verhältniswahl;

Entscheidung der Volksvertretungen bei der Berufung und Entlassung des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und Minister, die gegenüber den Parlamenten die volle Verantwortung für ihre Amtshandlungen zu tragen haben;

Entscheidung des Reichstags über Krieg und Frieden, sowie über die Abschließung von Bündnisverträgen mit fremden Mächten;

Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer, beginnend mit der Gerabückung der Dienstzeit;

Beseitigung der Geheimdiplomatie;

Schaffung internationaler Rechtsorganisationen (internationaler Abrüstungsverträge, Schiedsgerichte usw.);

völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht; Beseitigung aller Ausnahmegerichte;

volle Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz;

Umgestaltung des Erziehungswesens mit dem Ziel der Beseitigung des Bildungsmonopols der herrschenden Klassen.

II. Forderungen für den Uebergang zur Friedenswirtschaft.

Zur Verhinderung schwerer Wirtschaftskrisen fordert die Sozialdemokratische Partei planmäßige Ueberleitung der heutigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft, insbesondere vorläufige Beseitigung der Lebensmittelrationierung und der Höchstpreisfestsetzungen, soweit sich dies nach Friedensschluß für die ausreichende Versorgung der minderbemittelten Volkskreise mit den erforderlichen Nahrungsmitteln als nötig erweist.

Organisation der Lebensmitteleinfuhr, des Rohstoffbezuges und der Rohstoffverteilung sowie des Exports unter staatlicher Leitung und Aufsicht, baldigste Behebung des jetzigen Tiefstandes der deutschen Wärla im Ausland durch geeignete handelspolitische und finanztechnische Maßnahmen.

Ferner ist zur Sicherung einer möglichst ungehemmten Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr der gesamten deutsche Reedereibetrieb einschließlich der Binnenschifffahrt unter Aufsicht des Staates zu stellen, dem ein gewisses Bestimmungsrecht über den Frachtdienst, die Frachtrouten und den Laderaum der Handelsflotte einzuräumen ist.

III. Sicherstellung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege.

Damit eine plötzliche Ueberfüllung des Arbeitsmarktes sowie Lohnrückerei und Arbeitslosigkeit nach dem Kriege ver-

mieden werden, fordert die deutsche Sozialdemokratie: Staat und Gemeinde haben Vorkehrungen zu treffen, daß die zur Entlassung aus dem Kriegsdienst gelangenden Arbeiter und Angestellten möglichst in den Industrie- und Handelsbetrieben ihres Berufszweiges untergebracht werden und zu diesem Zwecke die Arbeitsvermittlung planmäßig organisiert wird. Können die Betriebe eines Gewerbezweiges aus Mangel an Rohstoffen, technischen Mitteln oder aus irgendwelchen anderen Gründen die Arbeit nicht in vollem Umfange wiederaufnehmen, so dürfen die Arbeiter und Angestellten aus diesem Grunde nicht länger bei der Fabrik zurückgehalten werden. Den entlassenen Seeresmitgliedern sind auf mindestens einen Monat die ihnen und ihren Familien gewährten Bezüge und Unterstüßungen weiter zu zahlen. Durch Znan-griffnahme von nützlichem Staats- und Gemeinbearbeiten ist für ausreichende Beschäftigung zu sorgen. Vermögen diese Maßnahmen den Arbeitslosen keine ihnen unter Berücksichtigung des Berufes zumutende Arbeit zu schaffen, so ist ihnen nach Ablauf dieses Monats eine angemessene Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln zu gewähren.

IV. Beteiligung der Arbeiter an der Uebergangsorganisation.

Da die Organisation der Uebergangswirtschaft keine besondere Angelegenheit der Unternehmerschaft, noch der staatlichen Verwaltung ist, sondern eine Angelegenheit aller am Wiederaufbau der Volkswirtschaft interessierten Volksschichten, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, daß in dem Reichswirtschaftsamt, in den Arbeitsämtern und den Arbeitsvermittlungsstellen die deutsche Arbeiterchaft nicht nur in Arbeiterfragen, sondern auch bei der ganzen organisatorischen Umschaltung des Wirtschaftsbetriebes eine entsprechende Vertretung erhält.

Des weiteren fordert die deutsche Sozialdemokratie, daß der deutschen Arbeiterklasse durch die Errichtung von Arbeitskammern eine gleiche Vertretung ihrer Interessen und gleiche offizielle Befugnisse eingeräumt werden, wie sie Handel, Gewerbe und Landwirtschaft in den Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern besitzen.

V. Maßnahmen gegen monopolistische Wirtschaftsgebilde.

Da die schon während der Kriegszeit in Industrie, Handel und besonders im Bankgewerbe hervorgetretenen Konzentrationen, Verschmelzungen und Kartellierungsbestrebungen vorwiegend nach Friedensschluß eine weitere Steigerung erfahren und zu einer Vermehrung monopolistischer Wirtschaftsgebilde führen werden, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Soweit die wirtschaftliche Entwicklung bereits bestimmte Privatmonopole geschaffen hat, sind diese unter Bedingungen, die ihre gesamte Geschäftsführung der Kontrolle parlamentarischer Ausschüsse unterstellen, den beschäftigten Arbeitern die ihnen durch die Gewerbeordnung wie durch die soziale Gesetzgebung eingeräumten Rechte sichern und ihnen einen angemessenen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen gewährleisten, zu verstaatlichen. Ferner ist zur Beaufsichtigung kartellartiger Organisationen ein dem Reichswirtschaftsamt einzugliederndes Kartellamt zu errichten, das die Befugnis hat, in die Geschäftsbücher der Kartellverbände Einsicht zu nehmen und schädlichen Preistreibern entgegenzutreten. Wie den Unternehmern ist auch den Arbeitern eine Vertretung im Beirat oder Sachverständigen-Ausschuß des Kartellamts zu sichern.

Die Aufsicht des Reiches über das Bankwesen ist zu erweitern und durch Ausbau der Reichsbank dieser ein stärkerer Einfluß auf das private Bankgewerbe zu sichern.

VI. Handelspolitische Forderungen.

Zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ist erforderlich, daß nach dem Kriege die früheren Handelsbeziehungen mit dem Ausland wiederhergestellt und der deutschen Industrie die Möglichkeit geboten wird, ihren ausländischen Absatzmarkt zu erweitern. Die Sozialdemokratische Partei fordert daher, daß bei den Friedensabzählungen in die Verträge Vereinbarungen aufgenommen werden, die eine Fortsetzung des jetzigen Wirtschaftskrieges verhindern. Ferner sind sofort Vorbereitungen für den Abschluß neuer Handelsabkommen zu treffen, die das bisherige System der Abscherrung des deutschen Inlandmarktes durch hohe Lebensmittelzölle fallen lassen.

VII. Finanz- und Steuerreform.

Der Krieg wird dem Deutschen Reich schwere finanzielle Lasten hinterlassen. Diese so zu verteilen, daß die Wirtschaftsentwicklung nach dem Kriege möglichst wenig gehemmt und jener Teil der Bevölkerung, der durch den Krieg Vorteile erlangt hat, in erster Reihe zur Aufbringung der erforderlichen neuen Steuererträge herangezogen wird, ist die wichtigste Aufgabe einer die große Volksmasse schützenden Steuerpolitik. Zu den Bedingungen einer möglichst ungebremsten Wirtschaftsentwicklung gehört in erster Reihe die Schonung und Stärkung der menschlichen Arbeitskraft als des wertvollsten Teils des Volksvermögens.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei:

Wtragung eines beträchtlichen Teils der Kriegsschulden durch stärkste Erfassung der in der Kriegszeit entstandenen Vermögensvermehrungen;

Erhebung eines nach der Leistungsfähigkeit abzustufen-

den allgemeinen Schuldentilgungsbeitrags;

reichsgeleichen Ordnung und progressive Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuern nach sozial- und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten;

Ausbau der Erbschaftsteuer unter Einbeziehung des Erbes der Kinder und Ehegatten; Erhebung eines Bruchteils des Reichs bei kinderlosen Erblassern oder solchen mit kleiner Kinderzahl; Einführung des alleinigen Erbrechts des Nichts, wenn nahe erberechtigte Verwandte nicht vorhanden sind;

Verstärkung der Steuerfuge, die nicht nur nach dem Grade der Verwandtschaft und der Höhe der Erbschaft, sondern auch nach dem Gesamtvermögen des Erbenden abzustufen sind.

Aufhebung aller Verbrauchsabgaben auf notwendige Nahrungsmittel. — Alle monopolistischen Gewerbezweige und das Versicherungswesen sind in die öffentliche Verwaltung zu übernehmen.

VIII. Sozialpolitische Forderungen.

Zur Behebung des durch den Krieg geschädigten Gesundheitszustandes des deutschen Volkskörpers, wie zum Schutz

der menschlichen Arbeitskraft und des Nachwuchses unseres Volkes fordert die Sozialdemokratische Partei:

- Ausbau und Vereinheitlichung der sozialpolitischen Gesetzgebung;
- achtstündigen Normalarbeitstag;
- grundständliches Verbot der Nachtarbeit unter klarer Umgrenzung der Ausnahmen von diesem Verbot;
- durchgreifenden Schutz der Frau vor und nach der Entbindung;
- Verbot der gewerblichen Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren;
- Schutz der Jugendlichen, Erweiterung der Jugendfürsorge;
- Regelung der Wohnungsfürsorge durch ein Reichsgesetz;
- Schaffung eines wirklichen Koalitionsrechts für alle Arbeiter;
- Ausbau und Vereinheitlichung des Arbeitsrechts;
- Ausbau und einheitliche Regelung des Einigungswesens, der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge im ganzen Reichsgebiet.

Zur einheitlichen Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist ein besonderes Reichsamt für Sozialpolitik zu schaffen.
Das Wohl der Kriegsbeschädigten und der Kriegsteilnehmer, deren wirtschaftliche Verhältnisse durch den Krieg zerrüttet sind, wie auch der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen erfordert besondere Fürsorgemaßnahmen. Den noch teilweise erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten ist nutzbringende dauernde Beschäftigung durch die Unternehmer auf geschicktem Wege zu sichern und die Ausnutzung ihrer Notlage im Arbeitsprozess zu verhüten, den ruinierten Kriegsteilnehmern aber die Wiedererlangung einer festen wirtschaftlichen Grundlage zu ermöglichen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher eine von sozialpolitischen Gesichtspunkten getragene reichsgesetzliche Regelung der gesamten Kriegsbeschädigtenfürsorge und Neuordnung der Rentenberechtigung unter Schaffung eines Rechtsweges, der dem der Arbeiterversicherung nachzubilden ist.

IX. Kommunalpolitische Forderungen.

Unter Festhaltung an der von dem Bremer Parteitag (1904) angenommenen Programmresolution erachtet die Partei für die Uebergangszeit die Erfüllung folgender kommunalpolitischer Aufgaben als besonders dringlich:

Finanz- und Steuerwesen. Ueberführung aller für die Gemeinden in Frage kommenden Monopolbetriebe in deren Besitz. Uebertragung des Kleinvertriebes innerhalb der bereits monopolisierten oder noch zu monopolisierenden Gewerbe an die Gemeinden. Einführung von Handelsmonopolen in Bauhandwerk und in allen unentbehrlichen Nahrungsmitteln.

Einwirkung auf die Gesetzgebung in der Richtung eines Ausbaues der Steuerhoheit der Gemeinden, um sie unter Schonung der minderbemittelten Bevölkerungsklassen zur Erfüllung ihrer Aufgaben instandzusetzen.

Armen- und Waisenpflege. Ausbau der vorwiegenden Armenpflege. Für die ehemaligen Kriegsteilnehmer Schaffung besonderer Unterstützungsanstalten, die unter Ausschaltung armenpflegerischer Grundsätze von der Armenerhaltung zu trennen sind. Anpassung der Unterstützungsätze an die Lebensstellung der Hilfsbedürftigen. Erweiterung der Generalvormundschaft. Besondere Fürsorge für die Kriegserwaisen.

Gesundheitswesen. Versorgung der Bevölkerung mit gesunden und preiswerten Nahrungsmitteln. Fortlaufende Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung, insbesondere der Säuglinge, der Kinder im vor- und schulpflichtigen Alter und der Schulkinder. Behandlung gesundheitlich gefährdeter oder erkrankter Kinder durch beamtete Ärzte. Einführung einer Wochenhilfe für den Fall der Befreiung der Reichswochenhilfe durch die Gemeinden in dem Umfang von mindestens den Leistungen der heutigen Reichswochenhilfe. Fürsorge für Schwangere und Stillende entsprechend den Fortschritten der ärztlichen Wissenschaft.

Schulwesen. Volle Durchführung des Grundsatzes der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Vermittelte. Leichteste Ermöglichung des Aufstiegs der Begabten.

Gewerkschaftsbewegung

Einbeziehung der Privatangestellten in die Arbeitskammern.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände haben dem Reichstag eine Eingabe überreicht, worin um die Einbeziehung der Privatangestellten in das zu schaffende Arbeitslohnrecht ersucht wird. Begründend wird ausgeführt, daß der Angestellte auf Grund seines Arbeitsvertrages ebenso wie der Arbeiter grundsätzlich als Arbeitnehmer anzusehen sei. Der gegen diese Auffassung geltend gemachte Einwand, daß die Angestellten im Wirtschaftsprozess keine Arbeitnehmer seien, könne auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts nicht mehr aufrecht erhalten werden. Heute müsse die Masse der Angestellten mit dauernder wirtschaftlicher Abhängigkeit rechnen. Soweit die Angestellten auf Grund besonderer Funktionen der Angestellten eine geordnete Behandlung notwendig machen, hätten die von den freien Angestelltenverbänden geforderten Angestelltenabteilungen in den Arbeitskammern ausreichende Gelegenheit. In den großen grundsätzlichen Fragen, die mit die Hauptaufgabe der kommenden Arbeitskammern zu bilden haben, seien die Interessen der Angestellten und Arbeiter durchweg gleichlaufend. Die Schaffung von Arbeiter- und Angestelltenkammern würden die im allgemeinen Interesse liegende Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung erleichtern und unnötigerweise doppelte Arbeit und Verwaltungskosten verursachen.

Der Jahresbericht des Völkerverbandes, der kürzlich im „Korrespondenzblatt“ besprochen wurde, läßt auch für das Jahr 1917 die starken Wirkungen des Krieges auf den Beruf und damit auf die Organisation erkennen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl ist von 30 461 im Jahre 1916 auf 25 704 zurückgegangen. 1914 betrug dieselbe 69 608. Die Zahl der Verdienste, in denen der Verband Mitglieder hatte, hat sich infolge der Einderungen um 600 gegen das Jahr 1918 vermindert, nämlich von 1777 auf 1171.

Am 28. März wurden im abgelaufenen Jahre vereinnahmt 1 718 578 M., die Zinsen ergaben eine Einnahme von 450 800 M. Von den Ausgaben entfallen auf Arbeitslosenunterstützung 15 129 M., Krankenunterstützung 480 750 M., Invalidenunterstützung 464 535 M.; insgesamt wurden für Unterstützungen 1 110 928 M. verausgabt. Die sonstigen Ausgaben betragen 580 305 M. Der Vermögensbestand betrug am 31. März 1917 auf 12 212 111 M. im Jahre 1916.

Parteinachrichten.

Der Kampf um das „Halle'sche Volksblatt“.

Die Parteiorganisation in Halle hatte sich bekanntlich von der Partei getrennt und war zu den Unabhängigen übergegangen. Auch von den drei Firmenträgern des „Halle'schen Volksblatts“ machten zwei diesen Schritt mit, nur der Geschäftsführer, Genosse Herzog, blieb der Partei treu. Ausgehend von der richtigen Annahme, daß die zu den Unabhängigen übergetretenen früheren Parteimitglieder ihre Funktion als Firmenträger nicht mehr ausüben könnten, ließ Herzog ihr Mandat für erloschen erklären und berief an ihre Stelle zwei andere Genossen in die Firmenleitung. Wegen eines Formfehlers machte jedoch das Gericht diesen Schritt rückgängig, und nun bemühten die beiden Unabhängigen als Mehrheit in der Geschäftsleitung die Gelegenheit, Herzog hinauszuwerfen, sich Geschäftsbücher und Schlüssel anzueignen und einen gewissen Schaden als Geschäftsführer einzusehen. Das „Halle'sche Volksblatt“ stimmte darüber ein großes Jubelgeschrei an, aber die Freude hat nicht lange gedauert. Das Landgericht Halle hat unter Androhung einer Geldstrafe von 2000 M. für den Fall des Zuwiderhandelns verfügt, daß Herzog weiter ungehindert seine Obliegenheiten erledigen soll. Die weggenommenen Gelder und anderen Wertobjekte sind bis zur Erledigung des Prozesses an Amtsstelle zu hinterlegen. Wenn das „Halle'sche Volksblatt“ in letzter Linie rechtmäßig zugehört, wird nun im ordentlichen Streitverfahren entschieden werden. Nach einer ganzen Anzahl von Gerichtsentscheidungen wird wohl auch hier das Gericht sich auf den selbstverständlichen Standpunkt stellen, daß, wer aus der Partei ausscheidet, wie die Unabhängigen es getan haben, damit zugleich das Anrecht auf das Parteieigentum verliert.

Eine Maßregelung durch die Unabhängigen.

Die Jurisdiktion der „Düsseldorfer Volkszeitung“ und das völlige Mangeln ihres Verlags hat die Unabhängigen um jede Vernunft gebracht. In ohnmächtiger Wut geben sie jetzt daran, ihre Klage an den Anhängern der alten Partei anzulassen, die noch irgendwie von ihnen abhängig sind. So haben sie in der letzten Sitzung des Düsseldorfer Gewerkschaftsrates mit 39 gegen 33 Stimmen beschlossen, den Arbeitersekretär Krügerer zu

entlassen, weil er sich bei der Uebernahme der „Volkszeitung“ auf die Seite des Parteivorstandes gestellt hat. Krügerer ist seit nahezu zwölf Jahren in Düsseldorf Arbeitersekretär, er hat Frau und sechs Kinder zu ernähren. In der Angelegenheit ist selbstverständlich noch nicht das letzte Wort gesprochen, denn eine ganze Reihe von Gewerkschaften protestieren auf das energischste gegen die Einseitigkeit des politischen Streites in das Kartell. Vorläufig leiden unter dem unfinnigen Beschlusse der „Unabhängigen“ nur die armen Familien, die Krügererfrauen, denn da Krügerer der einzige Arbeitersekretär war, muß die Auslastung natürlich eingestellt werden.

Aus den Organisationen.

Die erste Kreisversammlung hielt am vorigen Sonntag der Sozialdemokratische Verein für den Kreis Rürs-Rhees (Bezirk Niederrhein) ab. Aus dem Bericht des Vorstandes, den der Sekretär des Kreises, Genosse Müller, gab, heben wir hervor: Bei Ausbruch des Krieges zählte der Verein an Mitgliedern 1271. Durch den Krieg erreichte diese Zahl 1915/16 einen Tiefstand von 800. Heute ist die Mitgliederzahl jedoch auf 1871 gewachsen. Wegen die höchste Friedenszahl ist dies ein Mehr von 601. Außerdem sind noch 878 Mitglieder als noch im Kriege befindlich gemeldet. Gefallen gemeldet sind 21 Mitglieder. Besonders erwähnenswert ist, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder jetzt um das Dreifache höher ist als in der Friedenszeit. Neu aufgenommen wurden während des Krieges 2003 Mitglieder. Der Verein biligte von Anbeginn des Krieges bis heute, was auch nach einem Referat des Kandidaten Genossen Webers auf der Konferenz wiederum zum Ausdruck kam, die Politik der Partei. Aus Anlaß des Redakteurkonflikts an dem Parteiblatt in Duisburg sind 43 Mitglieder aus der Kreisorganisation ausgeschieden. Deren neue Organisationsfähigkeit ist aber schon lange vollständig eingeschlagen. Die Abonentenzahl der Parteipresse im Kreise („Volksstimme“ Duisburg) war während der oppositionellen Haltung des Blattes auf die Hälfte des Friedens zurückgegangen und hat nun den Friedensstand wieder um 700 überholt. Die Konferenz genehmigte gegen eine Stimme eine Beitragserhöhung von 10 auf 15 Pf. für die Woche für Männer und von 15 auf 20 Pf. vierzehntägig oder von 30 auf 40 Pf. für den Monat für Frauen. Ferner soll jedes Mitglied in jedem Quartal 10 Pf. für den Wabfond zahlen. Das Eintrittsgeld wurde von 30 auf 40 Pf. auf 50 Pf. einseitlich erhöht. Als Kandidaten zum Reichstag wurde Genosse Webers-Essen, zum Landtagskandidaten Müller-Rhees wiedergewählt.

Eine neue finnische sozialdemokratische Zeitung.

In Helsinki ist einige Tage nach Einnahme der Stadt eine sozialdemokratische Zeitung „Suomen Sosialidemokratia“ („Der finnische Sozialdemokrat“) erschienen. Sie bekannte sich in ihrer ersten Nummer zu gewählten Anschauungen und forderte zum Wiederaufbau der finnischen Arbeiterbewegung durch parlamentarische und kommunalpolitische Aktion auf. In einem mit seinen Initiatoren gezeichneten Artikel vertrat der bekannte Genosse Tanner, der sich von der Aufstandsbewegung ferngehalten hat, die Auflösung des jetzigen Landtags, der nur einseitige Klasseninteressen vertritt. In der Tat sind von den 85 Arbeitervertretern nur noch 10-15 übriggeblieben. — Die maßvolle Verankerung maßvoller Tendenzen scheinen aber dem Staat nichts geholfen zu haben. Schon am folgenden Tage ließ es der Stadtkommandant mit Beschlag belegen.

Industrie und Handel.

Englische Baumwollindustrie.

Die englische Baumwollindustrie, die nach der neuzeitlichen Unterbrechung des Präzidenten des Handelskomitees von allen Industriezweigen am meisten gelitten hat, wird demnächst weiteren Einschränkungen unterworfen. Das Baumwollkontrollamt in Manchester verfügte, daß ab 10. Juni Spinnereien, die amerikanische Baumwolle verwenden, nur mehr 50 Proz. Spindeln arbeiten lassen dürfen und die Arbeitswoche von 55 auf 40 Stunden reduzieren müssen, während Spinnereien, die ägyptische Baumwolle verwenden, auf 60 Proz. und 55 Stunden begrenzt sind. Die Ueberreien dürfen, abgesehen von Regierungsaufträgen, nur 40 Stunden arbeiten. Künftig werden von jeder in Betrieb befindlichen Spinnerei und Webstuhl Abgaben erhoben die in den Fonds für Arbeitslose fließen, welche die Arbeiter an den Tagen, an denen sie arbeitslos sind, erhalten. Das Baumwollkontrollamt gab gleichzeitig die Erklärung ab, daß angesichts der geringen Baumwollbestände Englands Lage sehr ernst sei und in naher Zukunft noch viel enger zu werden drohe, falls für die Baumwollverrichtungen nicht mehr Spielraum verfügbar werde.

Verantwortlich für Politik: Erich Kauter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Walter Scholz, Frankfurt; für Anzeigen: Theodor Meißner, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hieran 1 Blatt und Uebertragungsstellen.

A. WERTHEIM

Neuanfertigung

von Damen-, Herren- und Kinder-Kleidung | von Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche
aus zugegebenen Stoffen in eigenen Werkstätten

Umarbeitung

von Damen- u. Kinder-Kleidung aus zugegebenem Material, auch Umänderung in kleinere Größen sowie Herstellung von zwei gleichen Stücken in ein Stück.
Wenden von Herren-Kleidung sowie Umarbeiten in kleinere Größen
Änderungsmöglichkeit vorbehalten

Wiederherstellung

von Wäsche und Trikotagen aus zugegebenem Material, eventuell Ersatz für Hals- und Handpriesen | von Strumpfwaren, aus drei Strümpfen zwei, aus zwei :: Socken eine ::
Nur gewaschene und geplättete Gegenstände werden angenommen

Annahme zum Umfärben

von Kleidungsstücken, Decken, Stoffen, Bänder, Spitzen usw.

A. WERTHEIM.

Eisschränke

Bestes Fabrikat

Mit Glasplatten ausgelegt oder mit Zink ausgeschlagen.
Große Auswahl in verschiedenen Größen u. Preislagen.

Spezialarzt

Dr. med. Dahmann für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Horn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Gelenkkrankheiten. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor f. Blutunters. Pfladen im Harz usw.
Friedrichstr. 61, gegenüber Königstr. 58/57, Kathaus. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-11 Honorar mäßig, a. Teilzahl Separates Damenzimmer.

Hilfsbücher für Metallarbeiter

Jurthe-Ritsche, Die Präzerei 12,-
Dworzgal, Grundzüge der Präzerei 1,00
Hammer, Werkstattwinkeln für den gesamten Maschinenbau 4,80
Ritter, Taschenbuch für Dreher und Schlosser 4,-
Dworzgal, Lehrbuch für Dreher und Werkstatt 8,-
Lippmann, Hilfsbuch für Dreher 4,-
Dworzgal, Grundzüge der Dreherei 1,80
Schwartz, Schütte, Technisches Hilfsbuch 4,-
Hoes, Der Metallarbeiter, ein Hilfs- und Nachschlagewerk für Dreher und Schlosser 4,-
Schön, Schule des Werkzeugmachers 6,-
Taschenbuch für Elektromonteur 4,90
In beziehen gegen vorherige Einfindung oder Nachnahme des Betrages von der
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Zahngebisse,

Wiatin, Gr. 7,00, Korten, Klinge, Weiche laut Frau Wagner, Kaiserstr. 18 I (Alexanderplatz).

Ausländische

Note Rüben

Stund 35 Pf., empfiehlt Teufelshausen Rührer, Berlin, Rosdamer Str. 115 (Ligun 4006).

Spezialarzt

Dr. med. Lasch, geb. Idnau, gründl. med. Schmerzlos u. ohne Berufsstörung. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Horn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Erprobte Methoden Harz- und Blutuntersuchung. Königstr. 84/86, Alexanderstr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-11

Spezialarzt

Dr. med. Hasche, direkt am Stadtobn. Behandl. von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Erprobte Methoden Harz- und Blutuntersuchung. Königstr. 84/86, Alexanderstr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 11-12